

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Dezemberhälfte 230.— M. Einzelverkaufspr. 20.— M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die gebaltene Zeile oder deren Raum 42.— Mark, auswärtige 46.— Mark, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 M., für Reklamen 185.— M. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926



Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 296.

Dienstag, 12. Dezember 1922.

29. Jahrgang.

Abbruch in London.

Fortsetzung in Paris.

Der Londoner Nebel hat sich wider Erwarten schnell gelichtet und den Blick der alliierten Vertreter verdunkelt. Die Entente-Minister sind sich über die zweifelhafte Schröpfung Deutschlands nicht einig geworden und haben deshalb am Montag abend folgendes Kommuniqué herausgegeben:

London, 11. Dezember.

Die alliierten Premierminister haben sorgfältig die augenblickliche Lage des Reparationsproblems und auch die damit verbundene Frage der interalliierten Schulden untersucht. Ein Plan für eine Interimsvereinbarung bezüglich der Reparationen, der von dem deutschen Kanzler unterbreitet wurde, ist auch erwogen worden. Er wurde jedoch einstimmig für unbefriedigend erachtet. Es ist den alliierten Premierministern in der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich gewesen, zu einem endgültigen Beschluß in den in Betracht kommenden bedeutsamen Fragen zu gelangen. Unter diesen Umständen ist beschlossen worden, die Unterredung zwischen den alliierten Premierministern in Paris am 2. Januar nächsten Jahres fortzusetzen, um der Volkonferenz zu ermöglichen, unmittelbar darauf zusammenzutreten, um vor dem 15. Januar zu endgültigen Entscheidungen in den gesamten in London erörterten Fragen zu gelangen.

Die deutschen Vorschläge.

SPD. Berlin, 11. Dezember.

Der Verlauf der Londoner Konferenz war von vornherein unübersichtlich. Es lagen Vorschläge vor von Poincaré, Mussolini und von Deutschland. Ein Vermittlungsvorschlag von Law scheint im Verlauf der Debatten geblieben, aber gleich wieder zurückgenommen worden zu sein. Poincarés Plan hat niemand, auch Mussolini nicht, angenommen. Mussolinis Plan gleicht ganz seinem radikalen Meister: Streichung der interalliierten Schulden und eines gleichen Sokes der Reparationen, der Eigenheiten C-Schuldenfreiungen. Nein dieser Plan keineswegs. Er stammt vom Finanzminister Lloyd Georges, Robert Home, und gilt heute für England als undiskutierbar, da er unter Voraussetzung einer Teilnahme Amerikas an der Schuldentilgung ausgearbeitet worden war. Insofern bleibt also nur Poincarés Forderung als Riß inmitten der aufgeregten und schnell wachsenden Wogen bestehen, und die Lage für Deutschland nichts, was zum Optimismus Anlaß gab.

Für Deutschland, das in London ein selbständiges Angebot vorgelegt hatte, ist keine Hoffnungsbildung vorhanden. Deutschland forderte erstens ein Moratorium von zwei bis fünf Jahren, je nach dem Erfolg einer sofort aufzunehmenden inneren und äußeren Anleihe, zweitens die Wiederanerkennung der Reichsregierungsamt für Deutschland. Deutschland hat an: 1. Aufnahme einer auswärtigen Anleihe, die a. Konto Wiedergutmachung abgeführt wird; 2. Aufnahme einer inneren Anleihe, die zur Hälfte ebenfalls dem Reparationsfonds zuzuführt und zur anderen Hälfte zur Stabilisierung der Mark verwendet wird; 3. Ubergabe von Schatzscheinen in Höhe von 3 Goldmilliarden an die Reparationskommission, deren Zinsen- und Amortisationsdienst sofort zu laufen beginnt.

So begründet es ist, daß zur rechten Zeit positive Vorschläge nach London übermittelt wurden, so bedauerlich muß es sein, daß diese Vorschläge auf Widerstände in Deutschland stießen. Daß wir ohne ein Moratorium nicht weiter kommen, ist schon in Frankreich heute Gemeingut. An der Laufzeit von zwei Jahren würde sich wahrscheinlich niemand gestoßen haben. Ueber die Möglichkeit, die Frist des Moratoriums auf 3 bis 5 Jahre verlängern, hätte man verhandeln können. An und für sich unter also der Boden für das deutsche Angebot in London nicht so ungünstig bezeichnet werden. Die Situation veränderte sich erst dadurch, daß die Vertreter der deutschen Schwerindustrie vor Abgang des Angebots erklären ließen, daß sie selbst nicht daran dächten, sich an einer inneren Anleihe zur Stabilisierung der Mark und zur Regelung des Reparationsproblems zu beteiligen. Wenn die deutsche Hochfinanz das ablehnte, wie sollten die auswärtigen Finanziers Vertrauen zu dem deutschen Unternehmen haben? Es ist also nicht überzähend, wenn die in London versammelten Staatsmänner der Alliierten nicht deutscher zu müssen glaubten als die deutschen Schwerindustriellen und das Gebot nun ihrerseits ablehnten.

Wir stehen mithin vor der Situation, daß die Trampffahrt, die wir in London auspielen konnten und ausspielen mußten, auf der Kenntnis der deutschen Industrie und ausspielen mußten, kein Papier geworden ist. Wenn die deutsche Schwerindustrie nicht nachträglich durch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt hätte, sie hielte den Vorschlag des Kabinetts Cuno zwar nicht für gut, hätte ihn aber trotzdem als Basis angenommen, wenn Alliierten in dieser Richtung entgegengekommen wären, so ist es eine Freijudgment, die aus tiefster Empörung muß. So viel ist jedenfalls klar zutage, daß mit der deutschen Schwerindustrie und die Schwerindustrie ist ja heute der ausschlaggebende Teil der Deutschen Volkspartei — eine Politik der Erfüllungspolitik nicht bestehen werden kann. Wir haben augenblicklich ein Kabinett, dessen Schwergewicht in der Deutschen Volkspartei liegt. Auch diesem Kabinett gelingt es nicht, an der Haltung der Partei etwas zu ändern. Und trotzdem ist es notwendig, konsequent in der Richtung der Erfüllungspolitik weiter zu arbeiten und sofort mit aller Kraft neue politische Schritte vorzubereiten, wenn nicht das Ultimatum von Deutschland abgewendet werden soll. Maßgebend ist aktive Politik auch heute noch, denn die deutschen Vorschläge der Londoner Konferenz sind nur inoffiziell gemacht worden. Es gibt keinen mehr, also nichts Reht im Wege, von wem an

die Entente heranzutreten. Gegen wir dagegen die Hände in den Schoß, so haben wir binnen kurzem ein Ultimatum zu erwarten, das uns auf jeden Fall bei weitem schwerer belasten wird, als es bei einer Lösung der Fall wäre, die auf Grund einer freien Vereinbarung zustande käme.

Ueber die Vorbereitungen der deutschen Vorschläge und über die hiermit verfolgte Absicht der Regierung wird dem „Soz. Parlamentsdienst“ amtlich folgendes mitgeteilt:

Der Schritt, den die deutsche Regierung zu Beginn der Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten in London unternommen hat, erfolgte nicht auf dem informellen Wege, sondern durch die Vermittlung des Staatssekretärs a. D. Bergmann. Wie bekannt, hat auch die Regierung Cuno als Grundlage und Ausgangspunkt ihrer Reparationspolitik die Reparationsnote vom 14. November genommen; ihr Ziel ist die endgültige und rasche Klärung des Reparationsproblems. Das Mittel, um das Ziel zu erreichen, sieht die deutsche Regierung darin, jede sich bietende Gelegenheit zu einer verständnisvollen, klaren und praktischen Aussprache von Mann zu Mann zu benutzen. Eine solche Gelegenheit hat man jetzt in London gesehen. Um sich nicht wieder den Vorwürfen auszusetzen, daß Deutschland praktisch keinen Finger rühre, hat die deutsche Regierung die Vorschläge der Note vom 14. November, die auf der Gegenseite nicht die erwartete Wirkung erzielten, synthetisch zusammengefaßt und die einzelnen Punkte noch schärfer in den Vordergrund gerückt, um dadurch die endgültige Regelung der Reparationsfrage herbeizuführen. Deshalb hat Staatssekretär Bergmann in London das Anleihe System näher präzisiert, auch Zahlen genannt, allerdings nur als Beispiele. So will man — als Beispiel gedacht — für den Fall, daß die Entente eine Anleihe im Gesamtbetrag von 3 Milliarden Goldmark im Auslande unterbringt, eine Anleihe gleichen Typus im Verhältnis von 1 1/2 zu 1 im Inlande ausbringen. Unter der Voraussetzung, daß damit ein völliger Fortfall der wirtschaftlichen Fesseln Hand in Hand geht, soll von der inneren Anleihe die eine Hälfte zu Reparationszwecken, die andere zur Stabilisierung der Mark und zur Befriedigung der eigenen Lebensbedürfnisse dienen. Für je eine aus dem Inland und Ausland aufzubrauchende Milliarde Anleihe rechnet man mit einem Jahre Moratorium, wobei die Höchstgrenze fünf Jahre sein soll.

Die deutschen Vorschläge sehen eine 4prozentige Verzinsung und eine 1prozentige Amortisation dieser Anleihe vor unter weitgehender Steuerfreiheit und Immunität für Steuerdelikte. Als Sicherung der beiden Anleihen denkt man sich die Goldmarkrückfälle.

Die letzte Sitzung in London.

Die deutschen Vorschläge unbefriedigend.

III. London, 12. Dezember.

Gestern vormittag hat ein englischer Kabinettsrat stattgefunden, der über die Lage beraten hat. Der Vorschlag Poincarés, der einräumende Maßnahmen in sich schließt, und derjenige Mussolinis, wird in der jetzigen Form als nicht annehmbar gehalten. Auch die deutschen Vorschläge wurden eingehend geprüft und für nicht befriedigend befunden. Da die von Bonar Law auf der Konferenz gemachten Vorschläge wiederum Poincaré unannehmbar erschienen, hielt es Bonar Law für notwendig, sich mit seinem Kabinett zu beraten, bevor man die Konferenz weiter führt.

Bonar Law sprach sich dahin aus, daß es das Hauptproblem der ganzen Reparationsfrage sei, deutsche Schuldheine (Schatzweisungen) zu erhalten, um die französischen und italienischen Schulden zu tilgen. England sei bereit, einen Teil seines Anspruches an seine Schuldner zu erlassen. Es wird daran erinnert, daß die Höhe der deutschen Reparationsschuld auf 132 Milliarden Goldmark besetzt worden ist und daß Deutschland anheimgelassen wurde, Schatzweisungen in Höhe von 12 Milliarden Goldmark, von 38 Milliarden Goldmark und von 82 Milliarden Goldmark zu geben. Das Angebot des englischen Premierministers bedeutet, daß England Frankreich den größten Teil seiner Schulden erläßt, um dafür irgend etwas einzutauschen, was im Augenblick noch nicht greifbar ist und daß nach Befriedigung der belgischen und französischen Bedürfnisse England für einige Zeit der einzige Reparationsgläubiger Deutschlands sein wird.

So ungefähr war nach Darstellung der Presse die Situation, als am gestrigen Spätnachmittag die Besprechungen der Ministerpräsidenten wieder aufgenommen wurden.

Der Plan für eine vorläufige Regelung der Reparationen, der von dem deutschen Reichskanzler übermittelt worden ist, ist ebenfalls erörtert, aber einmütig als unbefriedigend befunden worden. Es war den verbündeten Ministerpräsidenten nicht möglich, zu einem definitiven Beschluß über die augenblicklichen Erfordernisse zu kommen, und es wurde entschieden, die Unterhaltung der Ministerpräsidenten am 2. Januar nächsten Jahres in Paris fortzusetzen und zwar mit einer derzeitigen Beschleunigung, daß sofort hinterher die geplante Volkonferenz stattfindet und es ermöglicht werden kann, ihre Entscheidung noch vor dem 15. Januar zu treffen.

Die Börse unsicher.

Bei Börsenbeginn zeigte sich am Berliner Devisenmarkt eine sehr unsichere Tendenz, zumal über die Aufnahme der deutschen Reparationsvorschläge durch die Alliierten noch keine Klarheit besteht. Der Dollar wurde gegen Mittag mit 8525 bis 8550 gehandelt. Die Umsätze sind vorläufig gering. An der Effektenbörse war die Stimmung ebenfalls nicht ganz einheitlich. Der feste Grundton herrscht jedoch vor. Ganz besonders wichtig entwickelte sich in türkischen Wertpapieren und Rentenpapieren.

Dollar 8400.

Die erneuerte Internationale.

Zur Eröffnung des Haager Kongresses.

Von Karl Kautsky.

Am 10. Dezember traten im Haag die Vertreter der Internationalen des proletarischen Klassenkampfes mit einer Reihe anderer Vertreter des Friedensgedankens zusammen, um gemeinsam in machtvoller Kundgebung für die Erhaltung des Friedens und für den friedfertigen gemeinsamen Wiederaufbau der durch den Krieg zertrümmerten Welt einzutreten.

Man hätte erwarten dürfen, daß eine solche Kundgebung nach Beendigung des Weltkrieges für lange Zeit völlig gegenstandslos werden müßte. Daß mindestens diejenige Generation, die am eigenen Leibe die Schrecken des Krieges und ebenso die einer kriegerischen Politik der Friedenszeit verspürt hat, die Lehre daraus durch die Hingabe an einen energischen Pazifismus ziehen würde, der nicht nur jedem Krieg, sondern auch jeder Bergewaltigung einer Nation durch andere unbeugsamen Widerstand leistet, so daß ein Staatsmann, der gewillt wäre, eine Gewaltspolitik zu treiben, nirgends mehr möglich wäre.

Die eindringlichen Lehren des Krieges sind in der Tat an den Völkern nicht spurlos vorübergegangen. Aber leider hat er nur bei einem Teil der an ihm beteiligten Volksschichten im Sinne der Liebe für den Frieden und der Achtung vor der Selbstbestimmung der Nationen gewirkt. Bei einem anderen Teil war die Wirkung eine gegensätzliche. Bisher hat noch jeder Krieg Rohheit gezüchtet, Mißachtung des Lebens der Rehenmenschen, Kultus der Gewalt, Erstickung des demokratischen Gewissens und des Verständnisses für das ökonomisch Notwendige und Mögliche. Aber wie der letzte Weltkrieg an Riesenhaftigkeit und Entsetzlichkeit alle seine Vorgänger weit in den Schatten stellt, so hat er auch weit mehr als jeder andere die Instinkte eines ebenso gewalttätigen wie dummdreisten Verbrechertums gezüchtet, das zeitweise und stellenweise so sehr erstarbte, daß es die Regierungsgewalt an sich zu reißen vermochte.

In Rußland gelang dies einer Verschwörerzelle, die die blutgierige, ökonomisch ganz sinnlose Gewaltpolitik den Zwecken des Proletariats dienbar zu machen suchte. Nach ihr hat man solche Politik eine bolschewistische genannt. Aber es war eine Illusion, zu glauben, durch derartige Methoden die Befreiung der Unterdrückten herbeizuführen zu können. Wo der Bolschewismus siegreich blieb, ist er den proletarischen Zwecken bald tatächlich untreu geworden, wenn er es auch noch nicht offen zugegeben hat. Viel konsequenter hat sich die bolschewistische Methode der Regierungsmaximen bürgerlicher Machthaber angepaßt.

Wir finden diesen Bolschewismus heute allenthalben herrschend bei den Siegern: in der inneren Politik bei den Siegern im Bürgerkrieg, in Rußland wie in Ungarn; in der äußeren Politik bei den Siegern im Weltkrieg. Die Friedensverträge und ihre Ausführung sind ein Produkt bolschewistischer Methoden der Diktatur und des Terrorismus, die nur zerstören können, nicht aufbauen.

Der Vertrag von Versailles ist ebenso har jedes Respekts vor der demokratischen Selbstbestimmung und jeder ökonomischen Einsicht wie die Dekrete des russischen Bolschewismus. Das Ergebnis ist hier wie dort dasselbe: ökonomischer Ruin nicht nur der Besiegten, sondern auch eines erheblichen Teiles der Sieger, verzweifelter Suchen und Tasten nach einem Ausweg aus der Sackgasse, in die man die Völker geführt und in der die neuen Herren mit den von ihnen Gefnedeten sich in fürchterlichem Gedränge gegenseitig totzutampeln drohen.

Die Klasse, die am meisten unter diesen Zuständen leidet, ist, wie immer, das Proletariat. Es bildet diejenige Klasse, die am eindringlichsten die Lehren des Krieges beherzigt hat und am geschlossensten und kraftvollsten dem einzigen Auswege zubrängt, der uns aus der Sackgasse herausführt, der Erziehung der Diktatur der Sieger durch Demokratie der Gesamtheit der Völker, und der Erziehung militärischer Gewalt und Verschwendung durch die Beachtung der Gesetze eines normalen ökonomischen Lebens.

Einen anderen Ausweg gibt es nicht. Ein barbarisches Volk ohne Industrie und Verkehr, fast ganz agrarisch, wo jeder Bauer im wesentlichen alles selbst produziert, was er braucht, wo nur relativ kleine Armeen zu operieren vermögen, es kann zur Not ungemessen Krieg führen, wenigstens dann, wenn gute Freunde von außen ihm Kriegsmittel zuführen. Aber was die Angoratürken können, das vermag nicht ein hochindustrielles Land wie Deutschland. Selbst in der vollen Rüstung, die es sich in vierzig Jahren rapidesten wirtschaftlichen Aufschwungs seit 1871 zulegte, hätte es den Uebermacht der Gegner nicht lange standhalten können, ohne die reichen agrarischen Gebiete Polens, Oesterreichs, des Balkans, der Türkei. Für das heutige Deutschland, aus schwereren Wunden blutend, entwaffnet, ohne Bundesgenossen, wäre es frevelhafter Wahnsinn, sich mit den Methoden der Angoratürken helfen zu wollen. Daran können unwissende Bauern und Kleinbürger in den Aneipen Bayerns und Ostpreußens denken — den agrarischen und am weitesten von Frankreich entfernten Gebieten Deutschlands — oder latiniarische Existenzen, die bei jeder Feuersbrunst Beute wittern und daher vor Brandstiftung nicht zurückschrecken, oder deutsche Professoren und ihre Schüler. Kein ernsthafter Mensch

und kann eine derartige Politik ins Auge fassen, wenigstens solange nicht, als nicht die Ententepolitik ganz Deutschland in wilde Verzweiflung stürzt. Dann allerdings würde die Nachahmung der Ringerpolitik in Deutschland verständlich — aber sie wäre auch dann kein rettender Ausweg, sondern nur Selbstmord.

Einzig Ausweg bildet nur die vom internationalen sozialdemokratischen Proletariat gewiesene Politik. Wohl findet sie in den herrschenden Parteien bei den Siegern noch starke Widerstände. Aber nachgerade wird auch diesen Herrschenden angst und bange vor dem Unheil, das sie anrichtet haben und wofür sie vor ihren Völkern die Verantwortung tragen. Ein entschlossenes und einheitliches Vorgehen des internationalen Proletariats ist da keineswegs ausgeschlossen.

Gegenwärtig wird unser Streben dadurch, daß die Bolschewiks des Ostens und die des Westens trotz ihrer bisherigen Feindschaft gegeneinander doch in einem einig waren: in der Feindschaft gegen die Sozialdemokratie. So ist es den Bolschewiks gelungen, gerade in den zwei Staaten, die militärisch für das Festland Europas entscheidend sind, in Italien und Frankreich, die Macht der sozialistischen Parteien und damit die des Proletariats empfindlich zu schwächen. Der Kommunismus hat sie gespalten, die Sozialdemokratie von der imponierenden Stellung, die sie vor dem Krieg und im Krieg errungen hatte, tief herabgedrückt, ohne daß die Kommunisten selbst dort zu irgendwelcher Macht gelangt wären.

Je weniger im Augenblick die Sozialisten Frankreichs und Italiens sich allein gegenüber ihren Regierungen verhalten, um so dringender notwendig ist es, der Welt zu zeigen, daß sie nicht isoliert sind, sondern mit Hinterkopf einer gewaltigen Armee bilden.

Nie war notwendiger als jetzt die Einheit der Internationale, ihre Einheit gegenüber den Bolschewiks im Osten und Westen, den Bolschewiks von links und rechts, und gegenüber ihrem Treiben, das uns mit blutigem Krieg bedroht und mit ökonomischem Verderben.

Nun der Zusammenkunft in Haag erwarten wir, daß sie uns diese einheitliche Internationale bringt. Was immer die Wiener Arbeitsgemeinschaft von der Zweiten Internationale geliehen haben mag, es gehört der Vergangenheit an. Alle Bedingungen sind gegeben, daß wiederum nur eine Internationale des selbständigen (nicht von Moskau subventionierten und russisch kommandierten) proletarischen Klassenkampfes besteht. Eine Internationale, die in ihren Zielen die gleiche ist wie die erste, an deren Wiege Marx stand, und die zweite, die unter der Mitwirkung von Engels zustande kam. Aber so wie die Zweite Internationale höher stand, als die erste, soll auch die erneuerte Internationale nach dem Kriege einen höheren Organismus bilden als jene, die vor dem Kriege bestand.

Die Erste Internationale konnte nur eine Vereinigung von Arbeitervereinigungen sein. Ihre Aufgabe bildete die Förderung der Demokratie und die Ausschüttung der außerhalb Englands wenig bekannten Gewerkschaften in allen Ländern. Die Zweite Internationale fand schon in den meisten Staaten eine, wenn auch unvollkommene Demokratie und hatte Gewerkschaften vor. Sie war eine Zusammenfassung sozialdemokratischer Parteien und freier Gewerkschaften. Ihre Aufgabe war die gegenseitige internationale Unterstützung im Kampf um Ausdehnung der Demokratie und zur Befreiung des Proletariats von der Demokratie in politischen und ökonomischen Massenorganisationen, um es fähig zu machen zur Erreichung der politischen Macht.

In der proletarischen Internationale von heute finden wir die Arbeitsteilung zwischen der Internationale der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien. Wir finden in der Internationale der sozialistischen Arbeiterparteien bereits Parteiorganisationen, die demagogisch berufen sein werden, die Fäden der Regierung in ihrem Lande zu ergreifen. Und wir finden einen Zustand der Gesellschaft, in dem es nicht genügt, daß die einzelnen sozialistischen Parteien um die Gewerkschaften der einzelnen Länder einander helfen und daß die Härteren die Schwächeren unterstützen. Die Zeichen der Auflösung beruht mehr als je auf ihrer internationalen Solidarität, auf ihrem engen Zusammenwirken. Ohne dessen freundschaftliche Regelung bedrohen uns auf Schritt und Tritt immer neue Reibungen, neue Hemmungen der wirtschaftlichen Genesung, neue Kriegsgefahren.

Wir brauchen eine Internationale, der eine Kraft und eine Einheit innewohnt, die sie befähigen, in diesem Stadium der Gesellschaft dieses von den Vertretern der Gewerkschaften gestiftete Chaos zu lösen und während bei der Neuordnung der Beziehungen der Nationen voranzugehen. Wir erwarten, daß aus den Verhandlungen in Haag eine erneuerte Internationale hervorgeht, die stark genug wird, allenfalls eine Politik herbeizuführen, die den Frieden währt und den Wiederanbau des zerstörten ökonomischen Gefüges Europas ermöglicht.

Die Erneuerung der Internationale in dieser Weise wäre die beste Weihnachtsgabe für das gequälte Proletariat der Welt, für die gequälte Menschheit.

Haag, 10. Dezember.

Der Weltfriedenskongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes, mit eingeladenen bürgerlichen Sozialisten und Journalisten, in heute nachmittag eröffnet werden. Vorsitzender ist der Engländer Thomas, Redner sind Leisner, Joz, Käuf, Merens, Dubeghe, Timmer. Thomas eröffnet die Sitzung mit der Feststellung, daß die sechsundzwanzig Delegierten vierundzwanzig Nationen und vierzig Millionen Menschen vertreten. Der einigartige Kongress solle praktische Arbeit leisten: einen Arbeitsplan organisierter Kriegesarbeit, einen Friedensplan, einen Schlichtungsplan, einen Plan der internationalen Gewerkschaften, Sozialisten und Journalisten. Der Einbruch der Krieges in dem überfüllten Saale mit Arbeitstheoren war sehr interessant.

Reichstag.

79. Sitzung.

Berlin, 11. Dezember.

Die deutsch-nationale Interpellation von Freisprengung der Eisenbahn und Schutz der landwirtschaftlichen Produktion gegen weitere präventive Maßnahmen wird die Reichsregierung in der nächstbesitzungsmöglichen Zeit beantworten. Debatte werden den parlamentarischen Ausschüssen über den Entwurf zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, der hauptsächlich eine Verdrängung der Selbstverwaltung durch den Entwurf zum Schutz über Änderung des Verfassungsgesetzes.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gebührenordnung für Gerichtsverfahren wird dem Reichstag in zweiter und dritter Lesung vorgelegt, ebenso der Entwurf eines Gesetzes über die Erhaltung der Kriegsverwundeten aus dem Weltkrieg.

Bei der Beratung der Beschlüsse des Bildungsausschusses über die Not der Studienstipendien und Jungelcher wird eine Entschließung des Ausschusses angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, stellungnahme zu Studienstipendien und Jungelcher im Reichsdienst zu verwenden oder in anderen geeigneten Weisen unterzubringen.

In der beim Etat des Reichswirtschaftsministeriums fortgeführten zweiten Beratung eines Gesetzes über die Feststellung des Heften Nachtrages zum Reichshaushaltsplan weist Abg. Bruhn (DN.) erneut auf die steigende Not der Präfektoren hin. Die erhoffte Verbilligung des Papierholzes sei nicht eingetreten. Die Regierung müsse dem Wunsch der Zeitungsverleger Rechnung tragen und genügend Papierholz, evtl. zwangsweise für die Präfektoren bereitstellen lassen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker erkennt die schwere wirtschaftliche, politische und kulturelle Gefahr an, die in der Not der deutschen Presse liegt und erklärt, daß er, wie sein Amtsvorgänger, entschlossen sei, mit allen möglichen Mitteln Abhilfe zu schaffen. Die Holzabgabe werde vorerbracht werden. — Darauf wird der Etat angenommen.

Es folgt dann der Nachtragsetat des Reichswirtschaftsministeriums. Abg. Knechtler (Soz.): Die Reichswehr der Republik lebt immer noch in den Verberlichungen und dem Geist der kaiserlichen Armee. Die monarchistischen Elemente drängen ihr den Stempel auf. Schon vor dem Kriege bestand das Offizierskorps zu 22 Prozent aus Ideologen. Das viel kleinere Offizierskorps der Reichswehr ist aber in weit höherem Maße eine Domäne des Ideals, der 21,9 Prozent der Offiziere stellt. Es gibt keinen bürgerlichen General in der Reichswehr. Dieses Offizierskorps ist die Keimzelle aller antirepublikanischen Bestrebungen. Es ist wiederholt gesagt worden, der Reichstag möge sich weniger um den Geist als z. B. um die Wohngelegenheiten der Soldaten kümmern. In diesem Hause besteht Uebereinstimmung darüber, daß die Soldaten in guten Wohnungen untergebracht werden. Leider wird aber durch einen Teil der Vorgesetzten die Erfüllung dieses Wunsches unmöglich gemacht. Es gibt Garnisonen, in denen die Offiziere für ihre weit größeren Wohnungen nicht nur verhältnismäßig, sondern auch tatsächlich eine geringere Miete zahlen als die Soldaten der untersten Besoldungsstufen. Der Reichstag fordert endlich die Beseitigung des Verfalls der Reserve und einen Ausgleich zwischen den Pensionen der Veteranen von 1870 und 1871, denen man heute noch 12 Mark im Monat entziffert, und den ungeheuren Besoldungen der pensionierten Generale, die 24 Millionen Mark pro Kopf im Jahre beziehen.

Abg. Thomas (Komm.) sagt, die kommunistische Partei bekämpfe die Reichswehr, aber sie trete mit aller Kraft für die ungeschwächten Reichswachtstand ein. — Reichswirtschaftsminister Dr. Becker: Das kommunistische Verbotswort um die Reichswehr wird vorerbracht sein. Es ist eine Gerüchtung, erreicht zu haben, daß die Kommunisten bei der Reichswehr keine Gegenstände finden. Ich warne Sie, treiben Sie mit den Soldaten kein böses Spiel. Es ist das Recht des Reichswirtschaftsministers, den Soldaten Befehle zu erteilen, deren Befehle die Disziplin gefährden. Ich habe das bisher nur bei dem „Miesbacher Anzeiger“ getan, der rote Ton der kommunistischen Presse schreibt die Leute gegen sich selbst. — Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Thomas wird der Haushalt bewilligt und die Beratung der wichtiger Nachtragsbetriebe auf Dienstag 2 Uhr vertagt. Schluß 6 Uhr.

Die Entwaffnungsnote.

Deutschland braucht Waffen für die Hungernden

III. Berlin, 12. Dezember. In der gestern der Reichsversammlung übergebenen Note der Reichsregierung betreffend die Entwaffnungsfrage heißt es u. a.: In den letzten Monaten sind in die Augen springende Fortschritte in der Abrüstung nicht mehr hervorzuheben. Dies hat jedoch keinen Grund ausschließlich darin, daß die Entwaffnung Deutschlands beendet ist. Die deutsche Regierung hat nicht, wie die Sozialisten behaupten, eine erhebliche Anzahl von Gewehren in der Schweiz gelassen, sie hat vielmehr lediglich gegen Verbesserungen der internationalen Militärkonventionen, die sie für unzulässig hielt, bei den alliierten Regierungen Widerstand erhoben und um eine jählige Stellungnahme gebeten, die dieser Widerstand nicht erfolgte. Daher darf auch keine Obstruktion deutscher Unterparlamentarier vor. Sollte von britischen Dienststellen entgegen dem reinen Glauben und den Anweisungen der deutschen Regierung eine Obstruktion erfolgen, so hätte die deutsche Regierung um Mitteilung der Gründe und sofortige Maßnahmen zu treffen, die erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung solcher Widerstände zu treffen.

Sowohl die von den alliierten Regierungen in den fünf Punkten formulierten Hauptforderungen noch in der Schwere geblieben sind. Hat das daran, daß die Fragen mit Lebensnotwendigkeit der deutschen Volkswirtschaft, sowie mit der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Reichsgebiet aufs engste verknüpft sind. In diesem Zusammenhang muß die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß das deutsche Volk sich in den kommenden Monaten entgegen der außerordentlich erhöhten Grundbesatzlage internationaler Schwierigkeiten gegenübergestellt haben wird, deren Auswirkungen sich gegenwärtig noch in keiner Weise abzeichnen lassen, und die es notwendig machen, einerseits die deutsche Volkswirtschaft vor neuen schweren Erschütterungen zu bewahren, andererseits die zur Aufrechterhaltung eines geordneten finanziellen und wirtschaftlichen Lebens noch verbliebenen Mittel zusammenzufassen.

Eine Goldmillion für Chauvinisten.

Die Note der deutschen Regierung betr. die Kolonialprobleme in Italien, Palästina und Jugoslawien ist der Sozialdemokratie überreicht und veröffentlicht worden. Sie geht von einer genauen Darlegung des Sachverhalts aus, erkennt an, daß das Verhalten der in Frage kommenden Parteien unangehörig ist und daß die Vertreter der Alliierten ein Recht auf Entschädigung hätten. Obgleich diese bereits erfolgt und eine Befreiung der Schuldigen in die Wege geleitet worden, obgleich alle eine dem internationalen Friedensverständnis entsprechende, aus reichende Schritte bereits gegeben sind, erneuert die deutsche Regierung ihre Entwürfe, die den Ausdruck der Entschuldigungen mit umfassen und erklärt sich außerdem bereit, den gezeichneten Betrag von einer Million Goldmark zur Verfügung zu stellen, wenn nicht diese Forderung als völkerrechtlich berechtigt nicht anerkannt wäre. Eine besondere Entschuldigungen der französischen Regierung müsse sie hingegen ablehnen, da nach der Reichsverfassung die Besetzung Deutschlands und der Länder noch außen lediglich dem Reich obliegt; ebensowenig könne sie eine Entlassung der Bürgermeister von Passau und Jagoslawien auch in ihrer Funktion als Polizeibehörden betragen, da diese Bürgermeister keine Staatsbeamte, sondern freigewählte Organe der Selbstverwaltung seien.

Was kann man mit der Note, soweit sie das Verhältnis zwischen den Entschuldigenden und dem Reich betrifft, einverstanden erklären. Eine andere Sache ist es jedoch, wenn in der Note angenommen wird, die Bürgermeister von Passau und Jugoslawien seien Organe der Selbstverwaltung und am Grundgesetz des Reiches kein Anrecht hätten. Das ist eine Fiktion, die besser vermieden werden müßte. Die Bürgermeister sind vielmehr in letzter Funktion als Polizeibehörden Staatsbeamte und in dieser Eigenschaft dem

Staate verantwortlich und als auch von ihm absetzbar. Offenbar trägt dieser Teil der Note in besonderem Maße bürgerliche Empfindlichkeiten Rechnung. Man wird erwarten müssen, daß die bayerische Regierung nicht auch in diesem Falle das deutsche Reich vor Schmachthandlungen stellt.

Bergt spricht!

SPD. Halle, 11. Debr. (Sig. Drahtber.)

Auf dem gegenwärtig in Halle stattfindenden Parteitag der Deutschen nationalen Volkspartei hat der Vorsitzende der Deutschen nationalen, Bergt, eine große politische Rede gehalten, in deren Verlauf er folgendes ausführte: „Es war ein Traum für uns, daß die große nationale Aktion in Deutschland, aber nicht in der Reichswehr, nicht viel mehr über die Sozialdemokratie reden, aber das ist gescheit, eine Partei der Autorität kann die Sozialdemokratie nicht werden. Man muß Herr der Masse sein, darf nicht in der Masse sein, wie es die Sozialdemokratie ist. Wenn wir in die Welt hinauswachen, was ich nicht hoffen will, zu neuen Unruhen kommen (siehe die Entwaffnungsnote), dann wird das deutsche Volk darauf zu blicken haben, daß man die Sozialdemokratie nicht hinauswacht. Man hat es nicht gelungen, aber es ist unser Ziel, auch in Preußen muß die Veränderung kommen.“

In diesem Zusammenhange erzählt unser Halleischer Parteitag, daß „Vollblut“, das anlässlich des Deutschen nationalen Parteitagges auch die Gründung der programmatisch bereits angeführten Frontkampfergruppe Kattfand. Für die Geschicklichkeiten dieser neuesten Bildung sprachen die Ausführungen des Hauptmanns Wehner, der u. a. den Satz prägte: „In dem kommenden Winter kehrt die Front der Frontsoldaten wieder an die Front.“ — Deutscher Frontkämpfer die deutsch-nationale Abstraktion nicht enthält werden.

Brot für Salvator.

In der Sitzung des Reichsrats vom 11. Dezember wurde der preussische Antrag, einen Teil des Umlagebetriebs statt mit Geld durch Lieferung von Chilekalium zu bezahlen, behandelt. Die Reichsregierung hatte im Ausschuss gegen den Antrag Bedenken geltend gemacht. Deshalb beantragte der Ausschuss die Ablehnung des Antrages. Für den Antrag stimmten nur Preußen und Mecklenburg; von den preussischen Provinzialparlamenten nur die von Sachsen und Berlin. Alle anderen Länder stimmten dagegen.

Damit haben die landwirtschaftlichen Interessenverbände die von der Verwirklichung des preussischen Antrages eine Festlegung des Umlageverfahrens fürchteten, ebenso das Eisenbahn-Syndikat, wieder einmal gesteuert. Man kann nun wieder ohne Gefährdung des Profits über die Notwendigkeit der Steigerung der Lebensmittelproduktion diskutieren. Satt wird davon das hungernde Volk natürlich nicht.

Wilhelm II. und die Justiz.

Die „Welt am Montag“ veröffentlicht heute einige Mitteilungen, die ein interessantes Bild von der Auffassung geben, die der letzte deutsche Kaiser von der richterlichen Unabhängigkeit gehabt hat. Sie erzählt:

„Das Loh-Theater in Breslau wollte Gerhart Hauptmanns „Rebber“ aufführen. Die königliche preussische Polizei setzte Himmel und Hölle in Bewegung, um die Seelen der Breslauer vor dieser tödlichen Injektion zu bewahren. Über der Theaterdirektor ließ nicht locker. Er ging bis ans Oberverwaltungsgericht. Und — es gab noch Richter in Berlin! Das Oberverwaltungsgericht gab die Erlaubnis zur Aufführung in Breslau. Woran Wilhelm II. ein offenes Telegramm an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts, Berlin, mit folgendem Inhalt richtete: „Berichte das Erkenntnis nicht. Sprache Ihren meine Unzufriedenheit aus.“

Und die Folge dieser Unzufriedenheit? Beim nächsten Ordensfest gingen alle Mitglieder des Gerichtshofes leer aus.

Über Wilhelm II. mußte nicht bloß mit der Welt, sondern auch mit Juckbrod Richtern gegenüber zu operieren. Der Oberbürgermeister von Solberg hatte es für seine Pflicht gehalten, einen städtischen Sozialdemokraten aller Parteien, also auch den Sozialdemokraten, zur Verfügung zu stellen. Das mußte geschäht werden! Das Disziplinärverfahren gegen den Oberbürgermeister wurde eröffnet und ging seinen Gang. Und als das Oberverwaltungsgericht gegen den Oberbürgermeister entscheiden hatte, empfing sein Präsident folgendes Telegramm:

„Wilhelmschöbe Schloß, den 2. August 1896, 10 Uhr 49 Minuten.“

Von ganzem Herzen wünsche ich den Herren vom Gericht Glück zu dem mannhafte und richtigen Urteil in der Kolberger Sache. Möge der klare Spruch auch jeden Schatten eines Zweifels bei meinen Untertanen beseitigen helfen, wie sie sich der alles neugierenden und alles umfassen wolkenden, daher außerhalb der Gesetze stehenden gewissenlosen Rottke gegenüber zu verhalten haben, die noch eben den hehren Namen des deutschen Volkes im Ausland mit Rot befehlen halfen und deren Einfluß nur solange währt, als bis der Deutsche sich wie ein Mann zu ihrer Verantwortung zusammenschließt. Wilhelm II. R.

Diese interessanten Reminiscenzen beruhen, wie das Blatt hinzufügt, auf authentischen Mitteilungen des Kapitäns z. S. Perfus.

Internationale Wiedervereinigung.

Brüssel, 11. Dezember.

„Journal du Peuple“ berichtet aus dem Haag, daß die Vollzugsausschüsse der beiden sozialistischen Internationalen von London und Wien unter dem Vorsitz von Henderson nach längerer Erörterung eine Entschließung annahmen, in der der feste Wille bekundet wird, auf die Zusammenlegung der sozialistischen Aktion und Organisation hinzuwirken. Dementsprechend beschloßen die Vertreter der Vollzugsausschüsse von London und Wien, ein allgemeines Aktionskomitee von acht Mitgliedern zu bilden, dessen Hauptaufgabe die Vorbereitung der baldmöglichsten Einberufung einer internationalen sozialistischen Konferenz ist.

Die Verteilung der Nobelpreise.

Stockholm, 11. Dezember.

Bei der heutigen Nobelfeier empfing der deutsche Gesandte Adolph den Preis für Professor Einsteins, dessen Dank für die Auszeichnung er zum Ausdruck brachte. Der Friedenspreis wurde Professor Ransens zugesprochen.

Die Spigenorganisationen der Gewerkschaften sind für Dienstag zum Reichsernährungsminister zu einer Verhandlung geladen. Zweck der Verhandlung ist die Auffassung der Gewerkschaften über die bevorstehende Brotpreis-Erhöhung kennen zu lernen.

Reformen und Verbindungen der Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Von Friedr. A. Leis.

Das Reichsgesetzblatt vom 18. November 1922 veröffentlicht eine entscheidende Umgestaltung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Reichsversicherungsordnung. Die Neuerungen beziehen sich über den Rahmen der in letzter Zeit üblichen Verbesserungen der Sozialen Versicherungen weit hinaus. Das neueste Gesetz berührt erstmalig die bislang streng voneinander getrennten beiden Versicherungszweige für dauernde oder wenigstens längere Zeit währende Erwerbsunfähigkeit, also die Invaliden- und die Angestelltenversicherung, in eine organische Verbindung zu bringen. Das ist zweifellos ein Erfolg auf dem Wege der neuerdings immer nachdrücklicher und vielseitiger geforderten Verschmelzung der Angestellten- mit der Invalidenversicherung. Zwar noch ein sehr schrittweiser, aber es ist doch ein Anfang und es ist zu hoffen, daß die Zusammenlegung fortgesetzt wird. Dagegen verleiht das neueste Gesetz auch die Leistungen der beiden Versicherungszweige der fortsetzenden Selbstversicherung anzuhängen.

Im allgemeinen bestehen die Veränderungen darin, daß der Kreis der Versicherten in beiden Versicherungszweigen so abgegrenzt wird, daß Doppelversicherungen und Zuständigkeitsstreitigkeiten ausgeschlossen sind, daß die Lohn- und Gehaltsklassen übereinstimmend abgegrenzt werden, daß die Versicherungsbeiträge für die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung nunmehr auch für die Angestelltenversicherung mit tätig sind, daß die für beide Versicherungszweige geleisteten Beiträge in gewissen Umfangen gegenseitig zur Anrechnung kommen, daß die Verwaltungsorgane der Angestelltenversicherung denselben demokratischen Aufbau erfahren wie die der Invalidenversicherung und daß in der Angestelltenversicherung nunmehr auch Beitragsmärkte zur Einführung kommen. Einige kleinere Änderungen unterliegen noch diese Tendenzen der Annäherung.

Der Kreis der Versicherten ist so abgegrenzt worden, daß Betriebsbeamte, Handlungsgehilfen, Bureauangestellte und sonstige Angestellte in gehobener Stellung überhaupt nicht mehr in die Invalidenversicherungspflicht sind. Bisher waren sie es, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst nicht einen bestimmten Betrag überstieg. Nunmehr erstreckt sich die Invalidenversicherung nur auf Arbeiter, Gelehrten, Hausgehilfen, Hausgewerbetreibende und gewerbliche Lehrlinge. Das Angestelltenversicherungsgesetz hat eine entsprechende Ausgestaltung erfahren; insbesondere sind nunmehr versicherungspflichtig alle Bureauangestellten, soweit sie nicht ausschließlich mit Botenfahrten, Reinigung, Aufräumung und ähnlichen Arbeiten beschäftigt werden. In der Invalidenversicherung besteht nunmehr überhaupt keine Höchstgrenze des Jahresarbeitsverdienstes für die Versicherungspflicht mehr; in der Angestelltenversicherung ist sie auf 8400 Mk. festgelegt worden. Angehörige der Schutzpolizei sowie Soldaten können bei ihrer vorgelegten Dienststelle die Versicherung nach der einen oder anderen Versicherung beantragen. In beiden Versicherungszweigen ist der Versicherungsschutz, der eine Rente aus einer der Versicherungen erhält, die Weiterversicherung in der Angestelltenversicherung kann schon aufgenommen werden, wenn vier Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht zurückgelegt worden sind.

Die Zahl der Lohn- und Gehaltsklassen beträgt in jedem Versicherungszweige nunmehr 13. Uebereinstimmend umfaßt die Klasse 1 die Jahresarbeitsverdienste bis zu 7200 Mk. (monatlich 600 Mk.), die Klasse 2 von 7200 bis 14400 Mk., Klasse 3 von 14400 bis 28800 Mk. usw. Die Klasse 13 umfaßt alle Jahresarbeitsverdienste von mehr als 720000 Mk. In der Vergangenheit in der Angestelltenversicherung nicht erfüllt, so stehen für die Beiträge der Invalidenversicherung die entrichteten Beiträge zur Angestelltenversicherung bei freiwilligen Beiträgen zur Invalidenversicherung gleich. Hat ein Versicherter Beiträge zur Angestelltenversicherung und zur Invalidenversicherung entrichtet (Wanderversicherter) und die Beiträge in beiden Versicherungen erfüllt, so kann er, wenn die Anwartschaft nicht erloschen ist, entweder das Ruhegeld nach der Angestelltenversicherung oder die Invaliditätsrente wählen. Die Wahl ist bindend. Zu den Leistungen der Angestelltenversicherung treten bei solchen Versicherten als Ergänzung die Leistungen der Invalidenversicherung für arbeitsunfähige Beitragswochen dieser Versicherung. Umgekehrt tritt auch bei diesen Wanderversicherungen zu den Renten der Invalidenversicherung der Steigerungsbetrag der Angestelltenversicherung. Die Träger der Invalidenversicherung erstatten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte etwaige Mehraufwendungen und umgekehrt. Als Beitragszeit in Bezug auf das Erlöschen und das Wiederaufleben der Anwartschaft in der Angestelltenversicherung gelten auch die Wochen, für die nur Beiträge in der Invalidenversicherung entrichtet sind. Dabei wer-

den je vier Beitragswochen der Invalidenversicherung als ein Beitragsmonat der Angestelltenversicherung gerechnet. Die Beiträge in der Angestelltenversicherung bewegen sich nach dem Monatssatz in Klasse 1 bis zu 4840 Mk. in Klasse 13. In der Invalidenversicherung steigen sie von 10 Mk. wöchentlich in derselben Klasse 1 bis zu 320 Mk. in Klasse 13 je Woche. Die Beiträge in der Invalidenversicherung sind also wesentlich niedriger. Auch in der Angestelltenversicherung werden nunmehr die Beiträge durch Einleihen von Renten in eine Versicherungsart entrichtet. Die Versicherungsart hat sich der Versicherung ausstellen zu lassen. Die näheren Bestimmungen hierüber sind ähnlich wie bei der Invalidenversicherung. So die Invalidenversicherungsbeträge durch die Krankentafeln eingezogen werden, kann dieses Eingangsverfahren auch auf die Angestelltenversicherungsbeträge ausgedehnt werden.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte besteht in Zukunft aus einem Präsidenten, ferner Stellvertreter und weiteren beamteten Mitgliedern sowie aus drei Beiräten der Versicherten und ihrer Arbeitgeber. Die Zahl dieser ehrenamtlichen Mitglieder muß größer sein als die der beamteten. Die nichtbeamteten Mitglieder wählt der Verwaltungsrat auf 6 Jahre. Die Aufgaben des Verwaltungsrates sind wesentlich erweitert worden. Der vierte Abschnitt des Angestelltenversicherungsgesetzes mit der Überschrift „Schiedsgerichte und Oberberufungsgericht“ wird gänzlich aufgehoben und durch neue Vorschriften ersetzt. Die Spruchhöfen der Angestelltenversicherung sind nunmehr die für die übrige soziale Versicherung vorhandenen Versicherungsämter, Oberversicherungsämter und das Reichsversicherungsamt. Die Versicherungsämter und das Oberversicherungsamt, die in der Angestelltenversicherung zuständig sind, bestimmen der Reichsarbeitsminister. Bei den Versicherungsämtern werden ein oder mehrere Ausschüsse für Angestelltenversicherung gebildet. Sie bestehen aus dem Vorsitzenden und Vertretern der versicherten Angestellten und ihrer Arbeitgeber. Der Leiter des Versicherungsamtes ist zugleich der Vorsitzende des Ausschusses für Angestelltenversicherung, soweit nicht ein besonderer Vorsitzender für den Ausschuss bestellt wird. Bei den Oberversicherungsämtern werden zwei Ausschüsse für die Angestelltenversicherung in derselben Weise gebildet. Beim Reichsversicherungsamt, das bisher auch für die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung diente, werden Gremien für die Angestelltenversicherung errichtet, und zwar Spruchhöfen für die Streitigkeiten über die Leistungen der Versicherung und Beschlüssen für die sonstigen Verwaltungsangelegenheiten. Das nähere ist durch umfangreiche Vorschriften geregelt, die den ganzen bisherigen Geschäftsgang in der Angestelltenversicherung ändern.

Zu dem Ruhegehalt, den Witwen- und Waisentanten in der Angestelltenversicherung tritt als Rentenerhöhung eine Teuerungszulage. Sie ist Bestandteil der Rente und beträgt jährlich 9000 Mk. bei Witwenrenten jährlich 4500 Mk. In der Invalidenversicherung sind die Zulagen für die Invaliden-, Alters- und Witwenrenten ebenfalls auf 9000 Mk. und für Waisenrenten auf 4500 Mk. festgelegt. Sie treten mit dem 1. Januar 1923 ein. Bis dahin hat noch eine entsprechende Verringerung des Gesetzes über Kostentagsmaßnahmen für Rentenerpänger stattgefunden. Die neuen Beiträge nach dem neuen Gehaltsklassen sind in der Angestelltenversicherung vom 1. November 1922, in der Invalidenversicherung vom 1. Januar 1923 an zu entrichten. Alle nicht mehr gültigen Beitragsmärkte können nun da an getauscht werden. Die in der Angestelltenversicherung zugelassenen „Ersatzleistungen“ müssen ihre Zahlungen ändern und der neuen Einrichtungen anpassen. Man sieht, es treten einschneidende Umgestaltungen ein. Man hätte sollen aber gleich etwas tiefer gehen und die Zusammenlegung noch mehr fördern lassen.

Die Volkspartei baut auf: am Brotpreis!

SPD. Das Reichsernährungsministerium kündigt an, daß in der am Montag stattfindenden Besprechung des Preisausschusses für Umlagegetreide eine Erhöhung der bisherigen Preise auf das Drei- bis Vierfache gefordert werden wird. Wird diese Forderung auch nur zu einem wesentlichen Teile anerkannt, so ist im Januar bereits mit einer Verdoppelung des Brotpreises zu rechnen. Eine solche Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels würde selbstverständlich in der Zeit allgemeinen und überstürzten Preissteigerungen zu einer neuen Wundierung des Reallohnes führen, deren Folgen auch auf die Industrie nicht ausbleiben können. Schon jetzt ist ja bekannt, daß ein großer Teil der Industrie seine Preise über die Weltmarktpreise erhöht hat. Erfolgt jetzt die Verdoppelung des Brotpreises, so ist schwerlich anzunehmen, daß die Löhne mit dieser Verteuerung, die ja rasch auch auf die übrigen Warenmärkte übergleitet, Schritt halten werden. Die Kaufkraft der breiten Massen ist so erneut

bedröhrt und das kann auf die Absatzfähigkeit der Industrie und damit auch auf die Produktionsmöglichkeiten von nachteiligsten Einfluß sein. Aus diesen Gründen werden nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch alle übrigen Vertreter des Preisausschusses, die sich als Schwächere der Verbraucher fühlen, die Notwendigkeit der Preissteigerung eindringlich prüfen müssen. Daß sie sich ganz vermeiden läßt, ist nicht anzunehmen. Wohl mag die Landwirtschaft dadurch, daß sie den wesentlichen Teil ihrer Ernte jetzt verkaufen kann, tiefe Gewinne. Aber es hieße einfach die Tatsachen abtun, wollte man verkennen, daß der Brotpreis zum überwiegenden Teile durch den ungeheuren hohen Preis des Auslandsgreides bestimmt wird, nachdem es den Landwirten gelungen ist, mit Hilfe der Bürgerlichen die Umlagemengen so niedrig festzusetzen, und nachdem die Landwirte auch dieses gezielte Liefermaß nicht voll erfüllt haben, zum Teil selbst mit Hilfe gesetzlich zulässiger Erleichterungen. Würde man mit einer unzureichenden Erhöhung des Umlagepreises die Umlagerung von Umlagegetreide hermen, so wäre das deutsche Volk noch mehr vom Auslandsgreide abhängig, der Brotpreis also noch höher. Infolgedessen wird es darauf ankommen, von der Landwirtschaft Garantien zu erhalten dafür, daß bei einer unter Berücksichtigung der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung angemessenen Preissteigerung in jedem Falle die Lieferungspflicht innegehalten wird. Allerdings wird dazu auch erforderlich sein, daß das Reichsernährungsministerium gegen künftige Lieferer mit aller Entschiedenheit vorgeht.

Bruchsel.

Der vierte Konvent der Kommunistischen Internationalen veröffentlicht in der Sonntagsausgabe der „Roten Fahne“ einen Offenen Brief an die zweite Internationale, die Wiener Arbeitsgemeinschaft, die Amsterdamer Internationale und die Haager Internationale Gewerkschafts- und Genossenschafts-Konferenz. In diesem Offenen Briefe, der sich mehr durch seine Länge als durch seine Auszeichnung, werden die genannten Organisationen aufgefordert zu erklären, ob sie bereit sind, zu einer gemeinsamen Front des internationalen Proletariats die Hand zu bieten bezw. die Spaltungsbestrebungen einzustellen usw. — Es ist noch mehr als lächerlich! Erst sabotiert Moskau jede Bestrebung zur Herstellung einer gemeinsamen Kampffront, spaltet eine Gewerkschaft nach der anderen und dann kommen die Wölfe in Schafspelgen, um sich als die Anführer zu gebärden und von anderen Organisationen das zu verlangen, was sie zunächst einmal selbst erklären und durchführen sollten. Und selbst dann, wenn sie entsprechende Erklärungen abgegeben haben, ist ihnen nicht zu trauen.

Karutowicz, Präsident von Polen.

Warschau, 9. Dez. Am 9. Dezember wurde um 5 Uhr abends Gabriel Karutowicz zum Präsidenten der Republik Polen gewählt. In dem vorhergehenden Wahlgange hatte der Partier Gefandte Comaicki 220 Stimmen der Rechten, Karutowicz 190 Stimmen der mittleren Parteien und der Londoner Gesandte Wojcicki 170 Stimmen erhalten, worauf sich am letzten Wahlgange Witte und Linke auf Karutowicz einigten. Er gilt als Vertrauensmann des abtretenden Staatschefs Willubski und zwar noch vor wenigen Jahren Professor am Polytechnikum und Schweizer Staatsbürger.

Devisen-Kurse.

Berlin, 12. Dezember.

Ämtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

11. Dezember, 9. Dezember

Amsterdam	1 fl.	3891.50	3891.65
Büssel (Antwerpen)	1 Frs.	546.13	543.63
Kristiania	1 Kr.	1610.90	1596.—
Kopenhagen	1 Kr.	1745.11	1735.65
Stockholm	1 Kr.	2269.31	2254.35
Helsingfors	1 Finn. Mk.	212.96	209.97
Rom	1 Lire	426.43	419.44
London	1 £	38902.50	38154.37
New York	1 Doll.	8440.82	8329.12
Paris	1 Frs.	394.51	391.01
Zürich	1 Frs.	1605.97	1581.03
Madrid	1 Peseta	1311.71	1291.76
Wien	100 Kr.	11.67	11.47
Prag	1 Kr.	265.33	262.84
Budapest	100 Kr.	3.49	3.50

Spätlinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

37. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ach ja!“ rief Schane. „Nun fällt sie wohl gar in Umdarm! Sieh dich auf den Lehndiele, Rind! Du wirst doch wohl nicht? Na, nun kommt die Kuhle ja schon wieder. Verpöste dich man. Ist wohl etwas in Ueber bei dir?“

Tine erhob sich. „Ach ich wollte schon lange mal her.“

Sie lachte nach Worten. „Mutter hat sich doch wieder verheiratet, sie sagte vorher immer: Ich will doch mal Schane adjo legen“, aber sie kam nicht dazu. Sie sagte: „Mutter, ich werd' es krollen“, und dann wurde ich krank, und dann — Tine war purpurrot geworden; das Lügen fiel ihr gewaltig schwer. Die Mutter hatte ganz anders gesprochen; aber wie sollte sie sonst ihr Kommen motivieren.“

Schane hörte ruhig zu und ging dabei hin und her, um eine Tasse Kaffee zu bereiten. „Ja, ja“, meinte sie, „ich hätte es nie gedacht, daß Umdarmen auf ihre alten Tage noch mal freuen würde; sie sah doch ganz gut auf Spätlinghof. Sie hatte ihre wies Eien und Trinken, was will der Mensch mehr?“

Tine sentte schuldbewußt den Kopf. Auch sie hatte ihr gutes Eien und Trinken; was wollte sie noch? Warum konnte sie nicht artig und zufriedener leben?

Der Kaffee war fertig, und Schane schnitt den trübseligen Suten an. Tine dachte nur an die Karten, die sie oben auf dem Bord liegen sah.

Dräugen auf der Lehndiele ertönte lautes Schreien, es wurde gegen die Wand gestoßen, als wenn sich ein paar Jungen raigellen.

Dann wurde die Stubentür plötzlich aufgerissen, und ein Knabe lugte herein, ein großer, blauer Junge mit länglichem Gesicht und blondem Wuschelkopf. „Oel!“ rief er — dann hielt er inne.

„Niels“, flüsterte Tine; die Erinnerungen der Kindheit überdrängten sie.

Schane hatte das Wort gehört. „Ja, Niels“, seufzte sie, „der Knabe seine Großmutter bloß alle Jubeljahre mal. Der sitzt in Büchermägen in einem Fettpott. Dies hier ist Peter, der Meiste von meinen Tachterkindern.“

Nun steckte auch der Zweite seinen Kopf zur Tür hinein, und Tine mußte unwillkürlich lachen. Die Wuschelköpfe und die langen Gefächler schienen in der Sönsenschen Familie erblich zu sein. Die Jungen bekamen jeder ein Stills Koffenstücken und troll-ten ja. Schane drückte die Kapsel und Tine hatte die Hände

in dem Schoß und blühte ab und zu verstoßen nach dem Bord, wo die Lampe stand. Der Wind wehte seine Sandkörner gegen das Fenster, im Ofen summte der Kessel; die Karten kamen noch immer nicht auf den Tisch.

„Ich muß bald gehen“, sagte Tine leise.

„Was für Eile!“ brümmte Schane stechisch.

Tine sagte all ihren Mut zusammen.

„Legt Ihr immer noch Karten, Ode?“ fragte sie mit bebender Stimme.

„Wiel nicht mehr, mein Deern. Die Gedanken wollen nicht mehr, man wird alt. Du machst dir wohl auch nichts mehr daraus, was? Besser, als du es jetzt hast, kannst du es nicht kriegen.“

Tine zitterte bei dem Gedanken, daß sie vielleicht unverrichteter Sache wieder fortgehen müßte.

„Ach, so zum Spaß möchte ich mir wohl mal die Karten legen lassen. Ja, Ode“, sagte sie kühner hinzu, „leg sie mir mal — bloß aus Spaß.“

„Bloß aus Spaß?“ wiederholte die Mts mit einem schelmischen Augenwinkeln. Sie langte aber doch die Karten vom Bord und ließ das Spinnrad beiseite. Sie mußte die Karten, ließ Tine abgeben und machte Daumen und Zeigefinger an der Junge feucht.

„Eins, zwei drei“, zählte sie. „Es ist ja wohl auch hell genug, drei, vier — die Urnde werden kurz, fünf, sechs, sieben, acht — das bist du. Paß auf, du mußt deine Gedanken dabei haben.“

Tine hatte ihre Gedanken dabei. Ihr Herz pochte, ihre Augen glühten, während sie auf den bunten Bildern hafteten. Noch nach Jahren besann sie sich auf jede Einzelheit.

Die Gedanken der Mts verdorrten sich in der Betrachtung. Jetzt war sie in ihrem Reiche; die Karten waren für sie Lebensbilder, die ihr eines Menschenkindes wechselvolles Schicksal erzählten.

„Du bist nicht glücklich“, jing sie an. „Über nimm dir nicht zu Herzen“, fuhr sie fort, als sie sah, wie Tine zusammenzuckte. „Du lieber Gott, was nennt der Mensch Glück; das Leben ist doch kein Hopphei. — Da liegt ein Brief — es ist kein Trauerbrief, aber auch kein herzlicher. Er liegt dicht bei dir. Hinter dem Brief kommt eine weiße Karte über einen großen Weg. Der geht aber nicht zurück. Bei der liegt ein Rind — ach, das war es wohl, was du wissen wolltest?“

Tine wurde dunkelrot.

„Das Rind wird dir viel Freude machen“, fuhr Schane fort, „und“ — aber dann, wie aus einem Traume erwachend, raffte sie die Karten zusammen, und lachend, in einem ganz anderen Tone, rief sie: „Reiß, die dämlichen Karten, die fallen bei dir noch immer so wunderbar wie früher. Du mußt dir nichts dabei

denken, mein Deern. Früher dachte ich auch, wunder was dir noch alles passieren würde, und was ist passiert! Gar nichts Besonderes. Du hast eine feine Partie gemacht. Bist Bauersfrau in der Mark; du geworden und lachst uns alle was aus. Ja, die bössigen Karten; du kannst da ohne fertig werden.“

Jetzt zwang sich auch Tine zu einem Lachen, das in ihrem Herzen keinen Widerhall fand.

Sie nahm hastigen kurzen Abschied von Schane und trat den Heimweg an.

Sie blühte den Weg entlang, den langen, einsamen Weg. Es dämmerte bereits, aber sie sah doch ihren Schatten, der riefen groß ihr vorausstrebe. Sie war die einzige, die den Weg ging. Der Wind wehte ihre Röde zur Seite, ihre Schritte hallten durch die Stille.

Rascher schritt sie vorwärts, als wollte sie dem Schicksal entgehen, das ihr durch die Karten enthüllt worden war. Aber sie konnte die Gedanken daran nicht lassen, sie verfolgten sie, setzten sich in ihrem Kopfe fest und quälten sie.

„Ich muß ich“, schloß sie. „Über du mein Gott, wo soll ich hin?“ Sie will ja gern alles tun, was in den Karten steht, wenn ich bloß wüßte, wie ich es anfangen soll. Reiz! Ach, ich will ja so gern fort; ich habe ja keinen Menschen hier, der mich gern hat. Ich bin ja nie warm geworden in der kalten Mark. Ach, wüßte ich bloß, wohin ich mich verstecken könnte!“

Die Mutter? Nein, sie hat mich nicht lieb; ich würde mein Rind viel lieber haben. Sie fragt nicht nach mir. Sie hat eiken anderen Mann geheiratet und bekommt andere Kinder. Sie würde mich scheuten, daß ich ja dumm und so wunderlich bin.“

Eine Rahe hüchete über den Weg, dicht vor Tines Füßen.

„Ach, nun gibt es ganz gewiß etwas Schlimmes“, seufzte sie. „Vielleicht sitzen sie schon beim Abendbrot, und die Großdeern ist böse, weil ich ja spät komme, und Jan quadt über mich hinweg, als wäre ich gar nicht da; und die Buntdeern fragt mich neugierig, wo ich gewesen bin.“

Sie malte sich alles ganz deutlich aus; sie lief mehr, als sie ging. Schreier, als es sonst ihre Art war, trat sie in die Wohnstube; sie war ganz außer Atem.

Jan war allein in der Stube, er saß an der Lampe und schrieb; bei Tines Eintritt sprang er hastig auf und räunte die Sachen fort.

„Was kommst du so heretiggeflümmt, als ob es brennt?“ fuhr er sie an.

Es war Tine etwas Neues, daß Jan sie anfuhr. Schuld-bewußt sentte sie den Kopf. Wasie er nur weiter schelten. Das tat wohl, viel wohler, als wenn er sie nicht beachtete.

„Über Jan kümmerste dich nicht weiter um sie; er verschloß etwas in die Schatulle und ging hinaus.“

Fortsetzung folgt.

Amülicher Teil.

4% Lüb. Staatsanleihe von 1919.

Die im Jahre 1922 planmäßig zu tilgenden 516 000 Mk. Schuldverrichtungen der obigen Anleihe sind durch freihändigen Einkauf beschafft. Lübeck, den 9. Dezember 1922. Die Finanzbehörde.

Sicherungsvision.

Die Revision der Waage, Wagen und Gewichte im Bezirk IV, umfassend die südliche und nördliche Vorstadt St. Lorenz, beginnt am 15. Dezember 1922. Lübeck, den 9. Dezember 1922. Das Polizeiamt.

Gas, Elektrizität u. Wasser.

Zur Interesse einer schnellen Abwicklung unserer Einziehungsgeschäfte werden die Abnehmer gebeten, die in ihren Händen befindlichen roten Kartons so aufzubewahren, daß sie beim Erscheinen unserer Einkassierer leicht zur Hand genommen werden können. Die Betriebsbehörde.

Handelsregister.

Am 11. Dezember 1922 ist eingetragen: Die Firma Grundstücks-Gesellschaft am Bahnhof mit beschränkter Haftung, Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Erwerb, Veräußerung und Verpachtung von Grundstücken in der Nähe des Hauptbahnhofes in Lübeck. ... Das Amtsgericht, Abt. 6.

Handelsregister.

Am 11. Dezember 1922 ist eingetragen: Die Firma Grundstücks-Gesellschaft am Bahnhof mit beschränkter Haftung, Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Erwerb, Veräußerung und Verpachtung von Grundstücken in der Nähe des Hauptbahnhofes in Lübeck. ... Das Amtsgericht, Abt. 11.

Konstolider Fortreiter. Bezirk Mendorf.

Holzverkauf am Montag, dem 18. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Hofe des Stewers in Mölling aus dem Holzlager Anzahl: 5,70 im eichen und buchen Stämme II-V, ... Der Revierförster.

Nachtrag

zur Bekanntmachung zur Verordnung über die Anbringung der Mittel für die Kohlenwirtschaftlichen vom 31. Mai 1920 (R.G.Bl. 1920 S. 1107). Die SS 1 und 2 dieser Bekanntmachung erhalten mit Wirkung vom 1. November 1922 ab folgende Fassung: 1. Die Ständer entzogen für Steinkohlen, ...

nung erfolglos, so werden die zu zahlenden Beiträge nach den Grundsätzen über die Verteilung öffentlicher Abgaben beigetrieben. Hamburg, den 4. Dezember 1922. (10546) Kohlenwirtschaftsstelle Hamburg. gea. T. A. S.

Nichtamülicher Teil.

Zu Ostern oder früher ein kaufm. Lehrling für mein Fachgeschäft. Lübecker Bureaubedarf, Eduard Schmidt, Königstr. 76. (10517)

Millionenfach erprobt **Salomba** Wäscht sparsam, bequemer und schnell. Schumann & Wille, Wittenberge.

Pelze werden modern und schnell aufgearbeitet. (10526) D. Wagner, Postenstr. 8.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend, e. G. m. b. H. Wir sind die organisierte Selbsthilfe der Verbraucher! Über 24000 Mitglieder oder mehr denn 100000 Köpfe bedienen sich bereits unserer gemeinnützigen Einrichtungen. Umsatz vom 1. Okt. 21 bis 30. Sept. 22 217 Millionen Mk. Umsatz im Monat November 22 über 200 Millionen Mk. Die glänzende Entwicklung unseres Unternehmens zeigt, daß wir auf dem besten Wege sind. **Sind Sie schon Mitglied?** Anmeldungen werden in allen Abgabestellen und im Hauptkontor Hansestraße 100 entgegengenommen. (10570)

Röhrenhaus Lübeck Aktiengesellschaft, Lübeck. Die außerordentliche Generalversammlung unserer Aktionäre vom 22. November 1922 hat beschlossen, unter Aktienkapital von Mk. 500 000, — um Mk. 1 500 000, — auf Mk. 2 000 000, — zu erhöhen durch Ausgabe von 200 000 auf den Inhaber lautenden neuen Aktien zu je Mk. 10,00, — mit Gewinnanteilberechtigung vom 1. April 1922 ab. Diese Mk. 1 500 000, — neuen Aktien sind unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre an ein unter Führung der Commerzbank in Lübeck stehendes Bankenkonsortium begeben worden mit der Verpflichtung, bis den Inhabern der alten Aktien zum Bezuge anzuhelfen. Nachdem die durchgeführte Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen ist, fordern wir unsere Aktionäre namens des Bankenkonsortiums auf, das Bezugsrecht unter folgenden Bedingungen auszuüben: 1. Die Ausübung des Bezugsrechtes hat bei Anmeldung des Auslieferungs vom 12. bis 21. Dezember 1922 einschließlich zu erfolgen, und zwar in Lübeck bei der Commerzbank in Lübeck u. bei der Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft am Aktienplatz Lübeck, in Hamburg bei der Norddeutschen Bankkommanditgesellschaft S. & Co. während der bei diesen Stellen üblichen Geschäftsstunden. 2. Zweck Ausübung des Bezugsrechtes sind die alten Aktien — nach der Nummernfolge geordnet — ohne Gewinnanteilberechtigung in Begleitung eines doppelt ausgefertigten Anmeldebogens einzureichen, worin formuliert bei den Bezugsstellen erhältlich sind. Die Ausübung des Bezugsrechtes an den Schultern der genannten Stellen ist prämienfrei; soweit bei diesen Stellen die Ausübung des Bezugsrechtes aber im Wege der Korrespondenz erfolgt, wird die übliche Bezugsprovision berechnet. 3. Auf Mk. 100, — alte Aktien werden 3 neue Aktien von je Mk. 10,00, — zum Kurse von 300% gewährt. Bei Ausübung des Bezugsrechtes ist der Bezugspreis zusätzlich Sachdienlichkeitszettel von je Mk. 2,00, — zu entrichten; die Bezugsstellen sind bereit, den An- und Verkauf von Bezugsrechten zu vermitteln. 4. Die Aktien, für die das Bezugsrecht geltend gemacht worden ist, werden mit einem die Ausübung des Bezugsrechtes kennzeichnenden Stempel versehen zurückgegeben. Die Einzahlungen werden auf einem der Anmeldebogen beibehalten. 5. Die Kapitalbindung der neuen Aktienurkunden erfolgt nach deren Fertigstellung bei derjenigen Stelle, welche die Kapitalbindung erteilt hat. Auf unserem Vertrag mit dem Lübeckischen Staat vom März 1912 wird hiermit verzichtet. Lübeck, im Dezember 1922. (10521) Röhrenhaus Lübeck Aktiengesellschaft

BREMEN **AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN** Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern, Anekdoten vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen **Reisegepäck-Versicherung** Nähere Auskunft durch **NORDDEUTSCHER LLOYD + BREMEN +** und seine Vertretungen in Lübeck: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13. (10522) in Hamburg: Norddeutscher Lloyd Generalvertretung Lloydpassagebureau Wilhelm Lazarus G.m.b.H. Bergstraße 11, Haus Commeter.

Überzeugen Sie sich von der **Wahrheit**, daß **Gehüfte 5** stets 2-3 **Mark pro Kilo** mehr zahlt für Lumpen, Eisen, Knochen, Papier, Metalle, Felle, Pferdehaar, Krollhaare. **J. Lissauer, Schindstraße 5**

1 großer Posten Glaskuppeln, 10 Linien, 18-19 cm Durchmesser, passend für Petroleum- oder Karbidlampen, billig zu verkaufen. Kleine Teilkuppeln und auch einzeln werden abgegeben. (10524) Th. Vedder, Schwart. Allee 37

Ankerlin Bester Schuhputz gibt den schönsten Glanz, färbt nicht, verhält das Leder. (10524)

Berjammlungs- u. Vergnügungs-Anzeigen **Kolosscum** Morgen Mittwoch **Grosser Ball** Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. (10528) Joh. u. R. Mittag.

Luisenlust Morgen Tanzkränzchen Damen Eintritt frei. Anfang 6 Uhr. (10529)

Sozialdemokr. Frauen Donnerstag, 14. Dezbr. abends 8 Uhr im **Gewerlichshaus**. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Paul Hoff**. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet (10568) Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein Kücknitz. Mittwoch, den 13. Dez. abends 7 Uhr **Mitglieder-Versammlung** bei **Dieckelmann**. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Aug. Schulz**. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet (10564) Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zahlstelle **Schwartau**. **Mitglieder-Versammlung** am Mittwoch, 13. Dez. abends 7 1/2 Uhr im **Vereinslokal**. (10587) Der Obmann.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Ortsgruppe **Lübeck**. **Mitglieder-Versammlung** am Donnerstag, 14. Dez. abends 7 1/2 Uhr im **Gewerlichshaus**. Tagesordnung: 1. Kartellbericht. 2. Lohn- und Gehaltsbewegung. (10565) 3. Beitragsrückzahlung (Lokalbeitrag). 4. Bericht von der Bezirkskonferenz Schwartau. 5. Bericht von der Generalversammlung München. 6. Innere Verbandsangelegenheiten. Mitgliedsbücher sind vorzusetzen. Die Ortsverwaltung.

Stadttheater Lübeck Dienstag 7.30, Ab. B. **Reuhenfelsen**. Mittwoch 8 Uhr: **Freischütz** (Lokalbeitrag). 7.30, Ab. B.: **Die neue gierigen Frauen**. Donnerstag 7.30, Ab. B.: **Schwaneauweiß**. Freitag 7.30, Ab. C.: **Reuhenfelsen**. (10558) Wer erinnert die verehrlichen Abonnenten an die Zahlung der 2. Rate, nachmittags von 3-6 Uhr an der Kasse.

Arbeiter-Radf.-Bund „Solidarität“ Mitgliedschaft Lübeck. Außerordentliche **General-Versammlung** am Mittwoch, 13. Dez. Anfang 7.30 Uhr. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. (10552) Der Vorstand.

Künstler-Konzert am Donnerstag, 14. Dez. abends 7 1/2 Uhr im **Gewerlichshaus**.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 12. Dezember.

Das Paradiesbett.

Wach du hast dir schon oft ein solch schönes Paradiesbett gewünscht, mit blinkenden Messinggestänge oder mit elfenbeinfarbenem Lack gestrichen, an Stelle deiner alten „Matragongruft“.

„Ja... armer Prolet! Das Paradies auf Erden — und wenn es nur eine paradiesische Bettstelle wäre — ist nicht für dich gemacht.“

Die Festsicht unserer Mitmenschen vertröstet dich auf das Paradies im Jenseits. Und es gibt der Dummen so viele, die sich mit dem Hinweis auf das Paradies im Wolfenbuckelheim das Paradies auf Erden — Bett, Huhn im Topf, Kohlen, warme Kleider, ganze Schuhe, schöne Reiten, gutes Theater, lehrreiche Bücher, bessere Bildung — fehlen lassen.

Prolet! Fühlst du nicht die Revolution im Herzen? Wach auf aus deinem Schlaf! Sei unzufrieden mit deinem Los! Werde begehrlicher, als du es heute bist! Laß dich nicht auf das Paradies im Nebel verträumen. Fordere dein Recht auf die irdische Glückseligkeit!

Es ist manchmal nützlich, den Handelsteil der großen bürgerlichen Kapitalistenblätter zu lesen. Da finde ich u. a. folgende Mitteilung:

„Die Paradiesbettenfabrik M. Steiner u. Sohn schlägt vor, das Aktienkapital um weitere 7,5 auf 18 Millionen Mark zu erhöhen. Von Verwaltungseite wird aber schon jetzt mitgeteilt, daß auf Grund des allmählichen Geschäftsaufschwungs in den ersten zehn Monaten für das laufende Geschäftsjahr mindestens wieder 10 Prozent Dividende erwartet werden können.“

Das heißt auf gut Deutsch: die Aktionäre erhalten für jede Million Aktienkapital — ohne einen Finger krümmen zu machen — mindestens 400 000 Mark Dividende. Bei 18 Millionen Aktienkapital sind das 7 200 000 Mark Reibzuck. Davon gehen die Arbeiter, Mechaniker, Lasterer, die die paradiesischen Betten fertigen, nichts. Die eigentlichen Arbeitenden erhalten gerade so viel Lohn, daß sie vor dem Hunger knapp geschützt sind; die Kapitalisten aber, die das Kapital für sich arbeiten lassen, heben einen Mehrwert von mindestens 7 200 000 Mark ein.

Es gibt nichts Aufreizenderes, Revolutionärer als den Handelsteil der großen kapitalistischen Tageszeitungen!

Wachst du nun, Genosse, warum machst du dich auf das Paradies im Nebel verträumen? Damit das Paradies auf festem Boden die eigenen besten Genossen können, die von den „Dividenden“ leben! Und damit diese Arbeiterkinder jenen das Nichtsein gestatten, mußst du, solange du schlafen kannst, auf das Paradies auf Erden — siehe oben — verzichten.

Es sei denn, daß alle wirklich Arbeitenden, Produzierenden sich nicht auf das Paradies im Jenseits verträumen lassen und schon auf Erden ihre Glückseligkeit sich erkämpfen.

Die neuen Postgebühren.

Gültig ab 15. Dezember.

Die wesentlichen Gebühren, die vom 15. Dezember an im Post-, Postfach- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende: Für Postkarten im Ortsverkehr 5 M, Fernverkehr 15 M; für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 10 M, über 20 bis 100 Gramm 15 M, über 100 bis 250 Gramm 25 M; für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 25 M, über 20 bis 100 Gramm 35 M. — Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Fehlbetrages erhoben. — Für Druckarbeiten bis 25 Gr. 5 M, über 25 bis 50 Gr. 10 M, über 50 bis 100 Gr. 15 M, über 100 bis 250 Gramm 25 M usw. — Für Nichtpostkarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Hüllförmeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 5 M.

Für Geschäftsbriefe und Mitteilungen bis 250 Gramm 25 M, über 250 bis 500 Gramm 35 M, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 45 M; für Warenproben bis 250 Gramm 25 M.

Für Päckchen bis 1 Kilogramm 50 M; für Pakete bis 5 Kilogramm Nachzone 125 M, Fernzone 250 M.

Für Postanweisungen bis 100 M 12 M, über 100 bis 200 M 20 M, über 200 bis 500 M 30 M, über 500 bis 1000 M 40 M, über 1000 bis 2000 M 50 M, über 2000 bis 5000 M 60 M.

Für Rohrpostsendungen, die Rohrpostkarte 40 M, den Rohrpostbrief 50 M. Die Einschreibgebühr ist auf 20 M, die Vorzeigegebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 12 M festgesetzt. Für bar eingezahlte Zahlkarten bis 100 M einsehb. 6 M, über 100 bis 200 M 10 M, über 200 bis 500 M 15 M, über 500 bis 1000 M 20 M, über 1000 bis 2000 M 25 M, über 2000 bis 5000 M 30 M.

Im Telegraphenverkehr sind die wichtigsten Gebühren für Ferntelegramme: Grundgebühr 40 M und außerdem für jedes Wort 20 M; für Ortstelegramme: Grundgebühr 20 M und außerdem für jedes Wort 10 M.

Die Auslandsgebühren betragen vom 15. Dezember ab: für Postkarten 50 M, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 40 M; für Briefe bis 20 Gramm 80 M, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 60 M.

Sozialdemokratischer Bezirksverband für Mecklenburg und Lübeck.

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Parteiortstand und Parteiauswärtige beschäftigen sich in einer Sitzung mit den Finanzverhältnissen der Partei. Nach sehr eingehender Aussprache wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die katastrophale Geldmangel macht es den Bezirken zur Pflicht, die Beiträge den veränderten Geldverhältnissen anzupassen.

Der Bezirksortstand setzte nun ab 1. Januar 1923 folgende Beiträge fest:

Für männliche Mitglieder 20 M. und für weibliche Mitglieder 8 M. pro Woche.

Das Eintrittsgeld beträgt 20 M.

Wie alle anderen Parteien, so muß auch unsere Partei den veränderten Geldverhältnissen Rechnung tragen, wenn nicht die Tätigkeit derselben lahm gelegt werden soll.

Wir erwarten von unseren Genossinnen und Genossen volles Verständnis für diesen Beschluß.

Der Bezirksortstand.
J. H. Witz, Kröger.

Schwurgericht.

Am Montag wurde unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schrader verhandelt gegen den früheren Angestellten beim Reichsausgleichsamt, Wigger, angeklagt des Diebstahls, Betruges und der Urkundenfälschung. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Heise. Verteidiger war Rechtsanwalt Dr. Hinrichsen. Der Angeklagte hat, was er auch nicht bestritt, im März ds. Js. zwei vorbereitete Schecks aus dem Geldschrank genommen, zu dem er zeitweise die Schlüssel im Besitz hatte. Er setzte den Namen des Profuristen Lau darunter und löste den einen Scheck bei der Reichsbank ein. Eine Summe von etwa über 80 000 wurde ihm anstandslos ausgezahlt. Am selben Tage hat er in Lübeck verschiedene Einkäufe gemacht und ist dann nach Hamburg gefahren, hat sich dort eingekleidet und von dem übrigen Gelde zwei Monate gut gelebt. 30 000 Mark sind ihm angeblich gestohlen worden. Der Angeklagte ist schon wegen Diebstahls mehrfach vorbestraft und will Quacksalbkäufer sein. Während einer solchen Zeit will er die Tat begangen haben. Der Staatsanwalt beantragt die Frage nach mildernden Umständen zu verneinen im Gegenlag zum Verteidiger, der darlegt, daß dem Angeklagten die Tat sehr leicht gemacht worden ist. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage wegen Diebstahls und schwerer Urkundenfälschung, verneinen die Frage nach mildernden Umständen. Der Staatsanwalt beantragt eine Gesamtstrafe von

2 Jahren 1 Monat Zuchthaus und Aberkennung der Ehrenrechte auf 5 Jahre. Das Gericht verurteilt den Angeklagten zu zwei Jahren Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre und in die Kosten des Verfahrens.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Montag, dem 18. d. M., abends 6 Uhr, statt.

Eine Sitzung des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik wurde am 8. Dezember im Roten Saal des Rathauses abgehalten. Etwa 25 führende deutsche Kommunalpolitiker waren hierzu nach Lübeck gekommen, außerdem nahm eine Anzahl Lübecker Herren daran teil. Der ganze Vormittag wurde ausgefüllt von der Aussprache über die gegenwärtige Finanz- und Kreditnot. Die eintreffenden Referate hatten Alfred Lamsburg (der Herausgeber der Zeitschrift „Die Bank“) und der Generaldirektor Schöne von der Girozentrale Hannover übernommen. Die gegenwärtige schwierige Lage kam wiederholt zum Ausdruck. Leider war es auch in diesem Kreise nicht möglich, ausreichende Abhilfemaßnahmen zu nennen, solange der Verfall unserer Währung arbeits. Wenn eine Währungsstabilisierung durchgeführt sein wird, dann werden auch die Städte wieder in reichlicherer Lage als bisher Kredit finden. Immerhin war festzustellen, daß sich bereits jetzt der Markt für häußliche An-

Lübecker Landwirtschaftsbetriebe.

II.

Der Konsumverein.

Draußen, ganz am Ende der Hansastrafe, wo der Wind über weites, ebenes Gelände pfeift, steht ein massiger, vierstöckiger Backsteinbau. Nicht nur weißt man als stolzes Wahrzeichen sichtbar; auch du selbst genießt hoch oben einen wunderbaren Fernblick. Es scheint, daß die Erbauer dem Bewohner symbolisch andeuten wollten, wie groß der Radius der engeren Heimat ist, in dem sich genossenschaftlicher Gedanke auswirken kann. Denn der Besitzer heißt: Konsumverein für Lübeck und Umgegend. Der solide Backsteinbau ist das Gehirn dieser vorzugswürdigen Arbeitergenossenschaft, ihre Zentrale. Als im Jahre 1913 dieses schöne Verwaltungsgebäude errichtet wurde, da lebten schon tief ausweitende Pläne in der Genossenschaft. Schneller als erwartet, dehnte sich ihr Ausbreitungsgebiet, vermischte sich die Grenzlinie des Lübeckischen Freistaates und heute greift die genossenschaftliche Klammer 35—40 Kilometer über Lübeck hinaus, erstreckt die Provinz Lübeck, Schleswig-Holstein, Oldenburg, Lauenburg und Mecklenburg. In einem eichengefärbten Vorstandszimmer hängt die Generalabsatzkarte dieses fünf-Länder-Gebietes, bestetzt mit roten Schildchen. Sie zeigen die Nummer der Depots an, aus denen die Genossenschaftsmitglieder mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln versorgt werden. Auf dem das Stadtgebiet umschließenden Hauptstahl steht Zahl neben Zahl. Es mögen 30, 40 Munitionssammeln sein. Jedenfalls macht das bunte Bild die Augen fesseln und erweckt unwillkürlich den Gedanken, daß hier tüchtige leitende Kräfte wirken müssen, um den riesigen Apparat im Gang zu halten.

Anders kann es auch nicht sein! Siehst du nur ein Viertelstündchen in einem der behaglichen Zimmerchen eines Vorstandsmittgliedes — du wirst bald gewahr, daß dieses die Behaglichkeit gar nicht oht. Alle Augenblicke hat irgend einer, mit der Genossenschaft in Verbindung stehend etwas auf dem Herzen. Bitte Gründe: 8824! Beleg! 8825! Beleg! „Zum Donnerwetter, immer noch Beleg!“ Wie oft brummt ein Volkstotenredakteur diese Worte beim Weglegen des Hörers „in den Bart“. In den kurzen Augenblicken, in denen ich bei unseren Genossen zu Besuch war, ließ ich im stillen höflich abbitte. Das bimmelt und kommt und geht, fragt nach diesem und jenem, fordert Unterschriften und zwischenwärtig wird einem durchs Telefon ein Quantum Hirschkornsalz, Pottasche und Gemüsegewürz „zugegeben“. Eine Minute vor dem hohen Pressebesuch leitete der Draht für einige Millionen Fettwaren her, wurden Direktinnen für die 25-Millionen-Jahresabrechnung gegeben. Wo es sich um solche Kleinigkeiten handelt, müssen natürlich Kopf und Hände des großen Bureaupersonals emsig tätig sein, da Klappern Schreib- und Adressiermaschinen unerschöpflich, da garantiert peinlichste Buchführung für ordnungsmäßige Arbeit. Freundschaft, sohstest du gelegentlich einmal deine Genossenschaftszentrale besuchen und dich als alter Genossenschaftler „dies tun“ wollen — laß dir Nr. 481 Warnung sein. Ein Griff in die Kartothek, und deine Sünde wider genossenschaftliche Pflicht wird dir zahlenmäßig Jahr für Jahr bemessen!

Die hanjischen Kaufleute zehren heute noch vom Ruhme ihrer Urachen, geschichtsberühmt durch Herings- und Salzfahndel. In den Köpfen der Nachfahren ruht noch die Einbildung, daß Initiative und Unternehmungsgeist nur privater Prinzipalsberherrlichkeit eigen sein könne. Ach, wie würden jene Mumien beim Anblick dieses gewaltigen Kupfes tanzen, der heute nahezu die Hälfte von Lübecks Einwohnerzahl mit Unterhaltsmitteln versorgt. Und geht du erst das vierstöckige Zentrallager durch, dann gewahrst du in dem mächtigen Lager vorrat mit seinen tausendfacher Artikel einen Ordnungssinn, denn weist dir ein Organisationsgeist entgegen, der Achtung und Bewunderung aufzwingt. Hier in diesem Zentrallager, das allein im Oktober über hundert Eisenbahnwagen voll Ladung verpackte, wirkt sich vor-aussehender Blick der verantwortlichen Personen aus. Hier hat die Aufstellung älterer und der Jüngere neuer Waren schon so oft eine Preisumstellung bewirkt, die dem einzelnen Genossenschaftsmitglied tatsächlich das Weiterleben verbürgte, ihm die ankende Kaufkraft des Geldes weniger fühlbar machte. Noch ein gutes Vierteljahr wird es dauern, denn ist ein weiteres Glied konsumgenossenschaftlichen Wirkens geschmiedet. Neben dem Zentrallager erstreckt ein Produktivbetrieb vor erheblichem Ausmaße, eine eigene Brotfabrik, nach den neuesten technischen Grundsätzen errichtet und mit den besten maschinellen Betriebsmitteln versehen.

Die Begründung des Konsumvereins war in Lübeck nicht so leicht. Dies ist um so wunderlicher, als der Lübecker organisierte Arbeiter doch die guten Erfahrungen der Genossenschaftsbücherei voraus hatte und genossenschaftlichem Gedankens nicht abhold war. Wir erinnern uns noch gut, wie heute noch im Vorstand und Verwaltungsrat tätige Genossen mühsam die ersten Mitglieder zusammen lachten. Mit ganzen 89 Genossen trat das Unternehmen 1904 ins Leben, und als die erste Warenabgabestelle am 22. Juli 1905 in der Fleischhauerstraße eröffnet wurde, da war die Zahl auf 272 angewachsen. In dem schiefen Laden trafen sich fast ausschließlich alte bekannte Genossen, die überall die Erben waren, wenn es galt Arbeiterkollaborat zu üben. Damals lagte man noch aus voller Seele, wenn abends das Wochenpaket nett eingepackt unter den Arm genommen wurde. Da zehrte die ganze Familie für 5—6 Mark die sechs Arbeitstage von der Genossenschaftsware. Und weil sie vom ersten Tage an gut und gewichtigswoll war, sprach sich dieser Konsumgenossenschaftlicher Wirksamkeit bald herum. Die Mitglieder wuchsen von Monat zu Monat an, eine zweite Abgabestelle wurde vor

dem Hofste, eine dritte vor dem Burgtor eröffnet. Dann meldeiten sich Schwartau, Eutin. Das Wert bekam Schwung, erhielt Antrieb durch Lübecks schaffende Bevölkerung, die den Wert eigener Konsumkraft erkannte und zähe festhielt. So kamen und gingen die Jahre, raieten die gewählten Vertreter der Konsumenten zum Wohle aller.

Das Ergebnis? 60 Abgabestellen für Lebensmittel, 4 für Fleischwaren — die eigene Schlachtereie und Wurstfabrik wurde im Oktober 1921 in Betrieb gesetzt — eine Spezialabgabestelle für Manufakturen. Unsere gewaltigen Kraftautos durchfahren einen Aktionsradius, der im Süden bis Wölln, im Norden bis Schönwalde, weit hinter Eutin, im Osten bis Grevesmühlen und im Westen bis Jarpen reicht. Der Konsumverein besitzt 26 eigene Grundstücke mit 94 Wohnungen, und hat also auch auf diesem notleidenden Gebiete lindern und gewirkt. Er besitzt ferner eine eigene Tischlereie, in der zum Teil aus altem Material wieder neue Ladeneinrichtungen hergerichtet werden, eine Mineralwasserfabrik und Mühlenanlage. Über 300 Personen sind im Genossenschaftsbetrieb ständig tätig. Sehr zahlreiche Aushilfskräfte werden oft beschäftigt. Aus den 89 Mitgliedern bei der Gründung sind heute 21 000 geworden, der Umsatz der ersten beiden Geschäftsjahre von 50 000 Mark stieg im vorigen Jahre auf 39 1/2 Millionen, betrug für das am 31. September abgeschlossene Geschäftsjahr 217 Millionen Mark und wuchs im letzten Monat auf über 200 Millionen Mark an. Dieses gewaltige Anwachsen der rollenden Summen ist nicht nur auf das Konto der Geldentwertung zu setzen; die steigende Warenmenge ist in die Augen fallend.

Angeheure Werte wurden den Genossenschaftsmitgliedern geschaffen, sie sind in die Augen springend und nicht erweckend bei unseren wirtschaftlichen Gegnern. Noch ist die Entwicklung — die natürlich materielle Opfer fordert — nicht abgeschlossen und doch haben die Mitglieder neben der Anflammerung großer Werte ständig Nutzen aus ihrem Eigenbetriebe gezogen. Mein schon das Vorhandensein des Konsumvereins legte wider privatkapitalistischer Preisentwicklung scharfe Zügel an. Die Vorteile konsumgenossenschaftlichen Handelns wirken sich auch darin aus, daß der Konsumverein Teilhaber der mächtigen Zentralfabriken der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg ist und als solcher natürlich aus deren großen Fabrikanlagen Vorzüge genießt. Diese sind u. a.: Seifen-, Tabak-, Nudeln-, Senf-, Kistenfabriken, Fischmarinieranstalt sowie den großen Zentralmagazinen in Hamburg und anderwärts wie der Verlagsanstalt Deutscher Konsumvereine.

Unendlich aufopfernder Arbeit selbstloser Genossen bedurfte es, um diesen wirtschaftlichen Bau zu errichten. Und trotzdem steht das Reichstest noch in weiter Ferne, denn die Gehe der Entwicklung lenen keinen Stillstand. Wenn die im schaffenden Volk sich ausbreitenden Kräfte nicht so unerschöpfbar und gesund wären, längst hätten unsere Gegner das Genossenschaftswesen abgewürgt. In Versuchen hierzu, an hinterhältigen Erdrosselungsmaßnahmen ließ es die Regierung des alten Deutschlands nicht fehlen, und noch in den Kriegsjahren erfuhr auch der Konsumverein für Lübeck und Umgegend zeitweise die Faust des Klassenhaates. Noch heute will man die Konsumgenossenschaften mit doppelter Umsatzsteuer belegen.

Ein gefährdender Feind schlägt auch mit der fortwährenden Geldentwertung und der steigenden Not nebenher. Es gibt leider auch in unseren Reihen Mitbrüder, die glauben, daß der Konsumverein die Tenierung allein aus der Welt schaffen könne, gibt Mühselige, denen in erster Linie nur in die Augen springende Vorteile als Beweismittel gelten. Wir haben oben schon die ausgleichende Preisgestaltung des Konsumvereins in doppelter Form erwähnt. Und wir möchten den von den Mitgliedern selbst gewählten Genossenschaftsrat sehen, der eine Annapruchnahme der Genossenschaft über das Notwendigste hinaus gutheißen würde. Nein, liebe Genossen! Wenn du in deiner Warenabgabestelle stehst und fährst und zählst, ob dein Geld auch reicht, sei versichert, hier wirst du nicht von persönlichen Launen übers Ohr gehauen, oder das Opfer eines Geschäftskrümmers. Es ist alles wohl ausgedacht und genau errechnet. Und hättest du jemals zuviel gezahlt, es kommt dir morgen oder übermorgen wieder in anderer Form zugute. Alles ist beim Eigenem mit, die Mehrung der Güter vererbt sich von Geschlecht zu Geschlecht und die Gewißheit wohnt in dir, daß einmal ein Geschlecht erlöset wird, das dem Ganzen die Krone aufsetzen und deine Mitarbeit am Gelingen preisen wird. Das ziert ja gerade den Menschen, macht ihn zum sozial denkenden Geschöpf; die Selbstsucht zu verbannen und für das Allgemeinwohl zu streben. Um das große soziale Ziel zu erreichen, dazu gehören große Seelen und weisshauende Führer. Ihnen darf aber auch die Munition nicht verjaßt werden. Fünzig Pfennig-werke zahlen wir früher unseren Geschäftsanteil ein, mit 30 Mark ward er abgetragen. Und heute? Du forderst von deinem Konsumverein, daß er trotz größter Warenknappheit auch für deine zurückgebliebenen Bedürfnisse sorgt. Gahst du auch einmal einen Rat, wecker er die Millionen nehmen soll? Bistest du aus dem Warenverkauf? Weist du nicht, daß heute überall zuerst die Hand nach dem Geld ausgestreckt wird, ehe auch nur ein Rübelchen Margarine auf dem Wege rollt? Welcher Schluss ist daraus zu ziehen? Ganz einfach: Du mußt deiner Genossenschaft die Mittel zum vorteilhaftesten Einkauf geben, damit die beauftragten Genossen herbeizuführen können, mit einem Wort deinen Geschäftsanteil der Geldentwertung entsprechend begleichen. So sicherst du dich auch in Zukunft vor Preiswillekür, so erfüllst du deine genossenschaftliche Pflicht und so bleibst dir das stolze Bewußtsein: Mitglied des größten wirtschaftlichen Unternehmens dieser Art im Freistaat Lübeck zu sein. XX.

haben etwas gebessert hat. Für einzelne Vorkriegsanleihen zeigt sich ein außerordentliches Interesse des Auslandes. Für den kurzfristigen Kredit sind die kleineren Städte und Gemeinden vorwiegend auf die Kredite der Girozentralen angewiesen. Doch bleiben die zur Verfügung stehenden Mittel so weit hinter den Kreditbedürfnissen der Städte zurück, daß im allgemeinen eine Kontingentierung der gewährten Kredite vorgenommen werden muß. Der Nachmittag brachte Vorträge von Herrn Bauinspektor Falger über „Die Durchführung der Denkmalspflege in Lübeck“ von Herrn Oberregierungsrat Dr. Stord über „Die Durchführung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes unter Berücksichtigung der Finanznot der Kommunen“, und von Herrn Direktor Hende über „Die Umgestaltung der städtischen Betriebswerke“. Alle Vorträge fanden das größte Interesse. Wir werden deren Inhalt noch häufig streifen.

Konzeptionspflicht für Butterauskäufer. Aus verschiedenen Teilen des Reiches sind Klagen darüber laut geworden, daß durch das Gebahren gewisser Händler, die in eigener Person Butter oder Käse beim Erzeuger, bei Molkereien, Sennereien, Käsereien oder anderen Milchverarbeitungsbetrieben zum Wiederverkauf aufkaufen, die Butter- und Käsepreise in die Höhe getrieben werden und die Frischmilchverarbeitung der Städte beeinträchtigt wird. Um den Landesregierungsbehörden eine Verordnung zu ermöglichen, nach der die Landesregierungen mit seiner Zustimmung für ihre Gebiete oder Teile ihres Gebietes bestimmen können, daß diese Aufkäufer einer besonderen Erlaubnis bedürfen. Die Landesregierungsbehörden können danach insbesondere bestimmen, daß die Erlaubnis erteilt werden kann, wenn der Aufkäufer nicht als hinreichend sachverständig anzusehen ist oder sonstige Gründe vorliegen, die eine Unzuverlässigkeit in bezug auf die Geschäftsführung annehmen lassen. Soweit endlich, wenn Bedenken volkswirtschaftlicher Art gegen die Erlaubniserteilung bestehen.

Eine Erhöhung des Lenkungspreises zu den Schlepplöhnen auf dem Elbe-Elbe-Kanal von 3200 auf 6500 n. S. des Grundtarifs ist von der Handelskammer beim Senat insbesondere im Hinblick auf die bedeutenden Kohlenpreis- und Lohnsteigerungen beantragt. Es ist damit zu rechnen, daß diese 100prozentige Gebührenerhöhung mit dem 1. Dezember 1922 in Kraft tritt.

ph. **Belegnahmen** wurden ein in der Dornstr. 10 und ein in der Auguststr. 10 wohnhafter Arbeiter, die auf verschiedenen Stellen Karandiebstahl ausgeführt hatten.

ph. **Diebstahl?** Bei einer Hausdurchsuchung in der Fischerstraße wurden folgende Sachen vorgefunden, die offenbar von Diebstahl herühren: Eine verpackte Fertigschokolade, eine kleine Doublelette, ein Gebirg ein schwarzer Sommerpalto, zwei Damenschürzen, ein Federkissen und Federkissen, ein Federkissen, ein Kissen und eine Bettdecke. — In der Fischerstraße wurden mittels Einbruches 4 Paar Jungfrauen, eine Tischdecke, eine Stuhlleuchte, ein Arbeitsmesser und verschiedene andere Gegenstände gestohlen. — Aus einem in der Transestr. 10 gestohlenen Kinderwagen wurde ein Oberbett, eine Gummimatte und ein Kleiderbügel gestohlen. — Aus einer Stallung der Schmiedstr. 10 wurden 7 Hühner und ein Zehn gestohlen worden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Abt. Beitragskassierer des Sozialdemokratischen Vereins! Donnerstag, den 14. Dezember, abends 7 Uhr: Besprechung im Gewerkschaftshaus. Sämtliche Bosen haben zu erscheinen.

Abt. Seite, Dienstag, 8 Uhr im Gewerkschaftshaus wichtige Versammlung.

Stadttheater. Mittwoch nachmittag wird zum ersten Male das diesjährige Weihnachtsspiel „Brinsekens Hühnerkind“ gegeben. Die Preise für diese Vorstellung sind von 60.— bis 250.— Mk. Abends: „Die neugierigen Frauen“.

Santa-Theater. Der Operettenschwank „Familie Kaffe“ bleibt noch bis inkl. Donnerstag auf dem Spielplan. Freitag wird zum ersten Male „Das Hollandweibchen“ gegeben.

Angrenzende Gebiete.

w. Dänischburg-Geogr. Parteiversammlung. Im Sonnabend tagten in Geogr. im Lokal bei Corbs das erstmalig die Ortsgruppen Dänischburg und Geogr. der Sozialdemokratischen Partei zusammen. Parteileiter Genosse Weiß-Lübeck hatte das Referat übernommen. Redner schilderte die politische Lage und forderte zu fleißiger Mitarbeit und opferfreudiger Hingabe an die Partei auf. Eine anregende Aussprache schloß sich dem Referat an. — Beschlüssen wurde, eine gemeinsame Silvestrfeier zu veranstalten. Ein Antrag, den Genossen Dreger-Lübeck zu erwählen, einen wirtschaftlichen Vortrag zu halten, wurde angenommen.

Stadtdorfer. Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, statt. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Reumünster. Die jährlichen Landwirte. Die Landwirte der Provinz Schleswig-Holstein haben in einer hier abgehaltenen öffentlichen Versammlung in einer der Reichsregierungen zu unterbreitenden Entschließung gefordert: Abschaffung der Getreideämter, Zahlung von zwei Dritteln des Umlagegeldes in Form von künstlichem Dünger, Kohle und Mehl, Berechnung des Umlagegeldes und der Industriemerte nach der Stiele von 1913, Freiheit der Wirtschaft in allen Formen für 1923. Der Staat darf von dem zu liefernden Dünger keine Uebernahme ziehen. In diese unerschöpfliche Forderung wurde folgende Phrase geknüpft: Der Wille der Landwirte ist, die Bevölkerung mit Getreide zu versorgen, da die Landwirtschaft das größte Interesse an die ruhige Entwicklung in jeder Beziehung im Inlande hat.

Schwerm. Ertrunken. Der Bootvermieter Abel und der Maler Hermann sind am Sonnabend abend auf der Heimfahrt von der Insel Rönnebommer, wo sie am Tage Stubben ardebet hatten, nach Schwerm im Großen Schweriner See ertrunken. Man vermutet, daß der Kahn überladen gewesen und mit den beiden Männern in die Tiefe gegangen ist, da zurzeit des Unfalls kein Unwetter herrschte.

Aus aller Welt.

Der Hungerdort in Rußland. Nach amtlichen russischen Mitteilungen waren in den Wolgagebieten und in der Ukraine in der Zeit vom 1. September bis 15. November 180 000 Todesfälle, durch Hunger verursacht, angemeldet.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Kündigung von Kleingärten.

Meine empfohlenen Maßnahmen halte ich voll ausreißend Raumangeseher begründet. Ich ste in der nächsten Berjarmilung des Vereins über die Kleingärten. Einige, sich selbst beantwortende Fragen an meinen Gegner:

1. Würden Sie eine Wohnungskündigung am 8. 11. 22 zu 1. 11. 22 annehmen, ohne daß Ihnen eine Ersatzwohnung oder Entschädigung angeboten ist, und würden Sie den Entschädigungsbetrag gutheißen, der diese Kündigung befristet? Wohnur und Kleingarten ist rechtlich beinahe dasselbe.

2. Würden Sie, mit etwa 100 Kassen, eine Ihnen fristig gekündigte Landfläche räumen, die nicht ganz bebaut wird, die nicht ganz Lagerplatz werden kann und auf der Viehlinge des Verpächters an Ihre Stelle treten sollen?

3. Würden Sie auch die untere Verwaltungsbehörde und nicht das ordentliche Gericht anrufen, wenn Verpächter Ihnen gewidrig und zwangsweise durch Setzung eines Zaunes plötzlich in der Frühjahrs den Besitz der Parzelle entzieht?

Der Senat hat das Kleingarten-Schiedsgericht bisher nicht eingerichtet; er hat uns aber auch noch nicht geantwortet auf ein die beugliches Erlauchen von Mitte September d. J. Nur das Kleingarten-Schiedsgericht entscheidet unter Mitwirkung von Klein Sachverständigen. Das geschieht zur allgemeinen Zufriedenheit u. a. in Bremen und Elberfeld. Die Finanzbehörde hat Geld zu beschaffen; wie soll da die Rechtsprechung ausfallen, wenn Partei ist!!! Sie haben den Erlaß des preußischen Ministers flüchtig wiedergegeben, daß nicht einmal das Datum des Erlaßes richtig ist. In welcher preußischen Stadt haben sich denn schwerwiegende, sonst nicht zu hebende Bedenken geltend gemacht gegen das Kleingarten-Schiedsgericht? Der von Ihnen als so geistig hingefasste Wohlfahrtsminister sagt aber auch um bitte, beachten Sie dies künftig: „Als leitender Gedanke ist bei den Entscheidungen (über wichtige Gründe. Der Ein.) stets in den Vordergrund zu stellen, daß der Kleingärtner in seinem Befugnis geschützt werden soll und nicht, wie dies vor Erlaß des Gesetzes (der Kleingartenordnung, D. G.) der Fall war, jedem spekulativen Interesse des Eigentümers zu weichen hat.“ Wenn Sie und Inhalt Ihrer Erwiderung ein Spiegelbild Ihres Charakters sind, dann sage ich nur: „arm, unbekannter, laien. Sache fändiger!“

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber für Freikant Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer für Inkerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinz Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

SUNNLICHT SEIFE

wäscht alles, reinigt schnell und gründlich

Zentralverband der Angestellten.
Ortsgruppe Lübeck.
Am 10. d. Mts. verstarb unser treuer Kollege
Friedrich Gehrke.
Seine letzten Wenden!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, d. 14. 12., 2 U., in der Kapelle des Born. Friedh. statt. (10559) D. Vorstand.

Sonnabend, den 9. Dez. abends kurz nach 6 Uhr, entfiel nach langer schwerer Krankheit meine innigst geliebte Frau, meiner Kinder verzehrende Mutter, Schwieger- und Großmutter und Schwägerin
Louise Franck
geb. Lüth
im Alter von fast 82 Jahren, nichtbeleidigt und schmerzlos demnächst von den Hinterbliebenen.
Christian Franck
und Kinder.
Borwerd, 11. Dez. Ruhe findet geliebtes Herz, der der Frieden, und der Schmerz.
Beerdigung am Donnerstag nachm. von der Kapelle Borwerder Friedhof. (10542)

Am 9. ds. Mts. entschlief nach kurzer Krankheit unser langjähriger erster Maschinist
Jacob Hansen
im Alter von 62 Jahren, nachdem er in unserem Betriebe 32 Jahre seinen Posten ausgefüllt hat.
Wir werden ihm ein freies Gedenden über das Grab hinaus bewahren. (10571)
Die Zeitung und das Personal der Danza-Meierei.

Nach langer schwerer Krankheit entschlief gestern abend 9 Uhr nach u. ruhig unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Nichte
Marie Ott
im 68. Lebensjahre.
In ihrer Trauer die Hinterbliebenen.
Lübeck, 10. Dez. 1922
Friedhofstr. 52 L.
Trauerfeier am Donnerstag, 14. Uhr in der Kapelle des Borwerder Friedhofes. (10562)
Eine ältere Frau bei 2 H. Rindern gel. (10557)
Coiganstr. 14 St. 1. r.
2 H. Rindern gel. Gr. 21 (10554) Friedhofstr. 32 L.

3. nst. Rinderweg, m. Verd. Lübeck, Borwerderstr. 16. (10541)
Schönheitsbildermaich. u. Rindermagerichum 4. u. 10555) Gipselmaich 33/10

Gold-, Silber-, Platin-, Brillanten, Doublee
kauften wir f. eigene Verwendung, daher höchst zahlend. Kommen Sie bitte zu uns und hören Sie unsere Preise, der beste Weg lohnt sich. **Kein Verkaufszwang.**
Hans Stendel,
Goldschmied,
Koi-Wing, 21. 21.
Gustav Pütter,
Uhrmacher, (10555)
Reierstraße, Ecke Lindenstraße.
Steppdecken
Anfertigung u. Reparatur. Spezialmann
Arztestr. 31. Fernspr. 8549

Felle
kauft höchst zahlend
Isaac Frankenthal
Beckergrube 53. Tel. 8641.
10544
Haare

Pickel, Mitesser, Hautunreinlichkeiten verschwinden nach kurzem Gebrauch von **Steen's Glycerin-Milch Seife**
Überall zu haben.
Engros-Niederlage: Harloff & Schulz, Lübeck.

Preiswerte Einkäufe
in la. Manchester, Blau Cheviot, Ulsterstoffe, reinwoll., la. Anzugzutaten
Tuchhaus Edelhoff,
Lübeck, Langer Lohberg 15. (10555)
Arbin
der gute Schuhputz
TERPENTINÖLWABE IN DOSEN MIT BANDEROLE

Geld verdienen
kann nur der, der seine (10566)
Gold- u. Silber-Sachen
goldenen Uhren und Brillantringe
in der
Goldbörse (Zahrndt)
verkauft
Unterstr. 87 (Gehaus Bedergrube).
Geöffnet von 9-6 Uhr.

Bienenzucker.
Die Mitgl. der beiden Lübb. Bienenzuchtvereine u. d. Schwart. Bienenzuchtvereins wollen, wenn sie für jedes 1922 gemeldete Volk 2 1/2 Pfund beanpruchen, den Betrag von 100 Mk. pro Bienenstock beim Unterzucker nehmen oder dessen Girokonto: Commerzbank, Kohlmarkt Lübeck, ein zahlen. Gelder, die nach dem 14. d. Mts. eingehen, können auf keinen Fall berücksichtigt werden.
J. Koch,
(10580) Israelsd. 211. 17

Schreibmöbel.
Ein Posten besonders preiswert. (10565)
Nur Krähenstr. 7. Post 9-10 u. 2-6 Uhr.

